

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnenzeile für Arbeitsgehilfe 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Bundes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Enttäuschungen — eine Arznei!

„Enttäuschungen sind zu Zeiten eine Arznei.“

So unbedingt die Hoffnung in jedem Menschenleben eine Rolle spielt, so gewiß übernimmt die Enttäuschung das Gegenstück. Je reicher und stärker die Hoffnung, desto größer ist oft die Enttäuschung im Arbeitsleben, in den verschiedenen Beziehungen zu andern Menschen und an sich selbst! Doch wohnt den Enttäuschungen, so schmerzhaft sie auch treffen mögen, oft ein größerer Wert inne als der erfüllten Hoffnung. Kommt nicht Ruhe in den rastlos strebenden Menschen, wenn er entdeckt, daß kein Arbeitsposten ganz nach Wunsch ist, daß überall Unebenheiten auszugleichen und Schwächen zu überwinden sind? Mancher, der mehrmals an den verschiedenen Arbeitsstätten, wohin ihn seine Wünsche trugen, bitter enttäuscht wurde, wird endlich einmal bodenständig, wurzelt an einem Orte fest; entschlossen nimmt er den Kampf auf mit den mißlichen Verhältnissen und ringt sich hier nach und nach zur Zufriedenheit durch. Wo ist der Mensch, der noch nicht von solchen Enttäuschungen wurde, die er hochschätzte und liebte? Leider ziehen sich viele dadurch Menschenverachtung in die Seele. Wer aber mit den unangenehmen Erfahrungen nüchtern zu Rate geht, wird häufig einsehen, daß die Ursache der Enttäuschung in ihm selbst liegt, in ungenügender Menschenkenntnis, in Kurzsichtigkeit. Die Lebensweisheit gebietet, nicht mehr von den Mitmenschen zu erwarten, als sie ihrer Erziehung, ihrer Charakteranlage, ihren Verhältnissen nach geben können. Da muß man bei vielen einen sehr bescheidenen Maßstab anlegen; dann bleiben aber auch künftige Enttäuschungen aus. Wie vorsichtig und milde wird man im Urteile, wenn man jeden mit dem ihm zukommenden Maße mißt!

Die Summe der Selbsttäuschungen ist bei dem, der gegen sich ehrlich ist, nicht gering und richtet sich nicht nach dem Grade des Strebens. Wer über sich keine Höhe sieht, was von sich nichts verlangt, wird natürlich auch nicht enttäuscht. Wie oft aber muß sich der Strebende eingestehen, daß Wollen und Können in ungleichem Verhältnisse stehen, daß er viel weniger ist, als er sein möchte, daß er sich durchaus nicht immer auf sich und seine Vorzüge verlassen kann. Wenn die Selbsttäuschungen zur richtigen Selbstbewertung führen, wenn sie bescheidener machen, wenn sie andererseits aber auch antreiben zu noch kräftigerem Streben, dann sind sie wirklich „eine Arznei“, die zur Lebensgesundheit führt.

Heilsam sind die Enttäuschungen, wenn sie den Menschen in der rechten Weise aufleben in seinem Arbeitsleben, mit der im Verkehr mit den Mitmenschen, entschlossener zum persönlichen Fortschreiten machen.

Die Entwicklung in der Metallindustrie.

Im folgenden sollen kurz einige Punkte der Entwicklung aus den Gruppen der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen und Instrumente, wie sie sich aus den Berufs- und Betriebszählungen der Jahre 1882, 1895 und 1907 ergaben, erörtert werden. Der besseren Uebersicht halber werden wir die beiden Gruppen gesondert behandeln.

In der Gruppe Metallverarbeitung wurden 1882 164 235 Betriebe gezählt, 1895 158 618, also 5617 weniger; um noch mehr hat die Zahl der Betriebe in dem Zeitraum von 1895 bis 1907 abgenommen — sie betrug im letztgenannten Jahr 147 771, das sind 10 847 weniger als 1895. Gerade entgegengesetzt ist die Entwicklung, wenn wir die Zahl der beschäftigten Personen betrachten. Sie betrug 1882 459 713 und stieg bis 1895 um 180 042 auf 639 755. Ein noch rascheres Tempo brachte der zweite Zeitraum von 1895 bis 1907. Im Jahre 1907 waren in der Metallverarbeitung 905 868 Personen beschäftigt, d. h. gegen 1895 eine Zunahme von 266 113 Personen. Diese Gegenüberstellung der beiden Entwicklungen bringt eine Tendenz unserer modernen Wirtschaftslebens scharf zum Ausdruck — die zunehmende Konzentration der Industrie. Die Anzahl der Betriebe nahm ab, die auf einen Betrieb entfallende Anzahl von darin beschäftigten Personen aber stetig und rasch zu. Folgende Angaben geben den klaren Beweis:

Im Jahre 1895 waren noch 57 537 Kleinbetriebe, d. h. Betriebe ohne Gehilfen, vorhanden. Es sind dies fast 10 000 weniger als 1882. In noch stärkerem Maße haben sie bis 1907 abgenommen. Ihre Zahl betrug nämlich hier 44 187, also 13 350 weniger als 1895.

Die Zahl der Gehilfenbetriebe betrug 1895 101 061 fast 4000 mehr als 1882, und 1907 103 584 oder 2503 mehr als 1895. Unter ihnen waren die Kleinbetriebe, d. h. Betriebe von 1—5 Personen, von jeher am stärksten beteiligt. 1895 waren 87 472 vorhanden, oder fast 2300 weniger als 1882; 1907 noch 86 493. Daraus ergibt sich, daß der Rückgang der Kleinbetriebe — wenn auch keinen Stillstand — so doch ein verlangsamtes Tempo aufzuweisen hat.

Während in manchen Industrien auch ein Rückgang der Mittelbetriebe, d. h. Betriebe mit 6—50 Personen — eingetreten ist, haben sie in der Metallverarbeitung nicht unbedeutend zugenommen. Diese Entwicklung ist nicht etwa neu, sondern wir finden sie schon von 1882 auf 1895. Im letzteren Jahr waren 12 187 Mittelbetriebe vorhanden, d. h. ca. 5500 mehr als 1882, 1907 waren es 14 829. In den Kleinbetrieben waren 1895 227 790 Personen, d. h. fast genau so viel als im Jahre 1882, beschäftigt, auch 1907

war der Unterschied gegen 1895 nicht sonderlich groß. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug nämlich nur 6305 mehr als 1895, d. h. 228 095.

Entsprechend der Vermehrung der Mittelbetriebe haben auch die in ihnen beschäftigten Personen eine bedeutende Zunahme erfahren. Sie betrug von 1882 auf 1895 fast 71 000 und stellte sich im letzteren Jahre auf 157 452. Das Jahr 1907 überholt diese Zahl mit 199 948 noch um 42 496!

Aus den angegebenen Daten läßt sich leicht die Folgeentwicklung ziehen: In der Metallverarbeitung sind noch zahlreiche Klein-, Klein- und Mittelbetriebe vorhanden. Die ersteren haben seit 1882 eine bedeutende Verminderung erfahren. Wenn auch die Bedingungen gerade in der Metallverarbeitung für kleine Betriebe günstig liegen, so hat es doch den Anschein, daß die Kleinbetriebe noch weiter zurückgehen werden. Das Gleiche ist von den Kleinbetrieben zu sagen — nur wird ihre Lage im allgemeinen eine bedeutend gesündere sein, als die der Kleinbetriebe. Die Entwicklung seit 1895 ist ja insofern günstiger für sie, als die Zunahme nicht mehr in dem Maße erfolgt ist, wie von 1882—1895. Gewiß ist, daß sich neben den Mittel- und Großbetrieben immer noch eine beträchtliche Anzahl von Kleinbetrieben halten werden.

Es wird ihren Eigentümern bei entsprechender Rührigkeit im allgemeinen nicht zu schwer fallen, sie in die höhere Ordnung der Mittelbetriebe zu bringen. Diese weisen seit 1882 eine gesunde Vermehrung auf, sowohl was die Zahl der Betriebe als auch die der darin beschäftigten Arbeiter betrifft. Für die Metallverarbeitung trifft die be-

Weihnacht!

In weiten Hallen lurren die Räder und dröhnen die Säbber, mag draußen der Frühling seine Räder schmettern oder mögen die ersten Blüten fallen, mag des Sommers Hitze in den Gassen brüten oder mag der Weihnachtsbust auf allen Wegen liegen. Ihr Lied ist ohne Seele. Aber im Schatten der Maschinen, im Feuerchein der Efen stehen Männer, die in ihren Seelen Stimmung und Leben mit hereintragen ins feilenlose Getriebe. Denn sie haben draußen in der großen Stadt, in engen Gassen und in den Dachkammern der stolzen Häuser ein Heim zu eigen. Das ist seit Wochen laut von froher Kinderhoffnung, von unerwarteten Wünschen und erregten Träumen: die Weihnacht ist nahe. Und wenn zu Abend dann der Vater kommt, so ist kein Ende des Erzählens. Ob auch dem Mann die Wiber nicht so vollig dünken und ob die Sorge Wunsch für Wunsch ihm streicht, ein Lächeln bleibt in seinen Augen. Und in der heiligen Nacht flammt Kerzenschein auf in der engen Stube und um die Tanne juchzt ein selig Kinderdolk. Kein Auge sieht die Armut der Geschenke, kein Gedanke streift die unerfüllten Wünsche. Die Weihnacht kam, das Wunder kam und vergessen ist alles andere.

Ihr Männer, die ihr dann mit stillen Augen und weichen Seelen in dem Jubel steht, laßt uns große kluge Menschen von den Kindern lernen. Die Weihnacht kam. Laßt uns vergessen, was jenseits von Weihnacht und Liebe liegt. Das Leben das fordernde, feindliche ist so hart auf euren Herzen, es hat euch bitter und ernst gemacht; denn es fordert zu viel von euch. Vergesst in dieser Stunde seine rauhe Seite. Vergesst auch den Groll dem Gegner gegenüber, der heute Weihnacht feiern will wie ihr, in Frieden und Liebe. — O daß uns allen diese Erlösung würde in der Weihnacht, in der heiligen Nacht.

M. R. — R.

kannte so sozialdemokratische Prophezeiung von dem Verschwinden des Mittelbetriebs bis jetzt in keiner Weise zu — und das nicht, obgleich die Großbetriebe, d. h. Betriebe, die über 50 Personen beschäftigten, in sehr starkem Maße zugenommen haben und sich insbesondere die Zahl der darin beschäftigten Personen außerordentlich vermehrt — ein Zeichen für ihre überragende Bedeutung.

Im Jahre 1895 waren in der Metallverarbeitung 1422 Großbetriebe vorhanden, etwa 700 mehr als 1882! Das bedeutet eine Zunahme von 100%. Nicht in demselben starken Verhältnis ist die Zahl der Großbetriebe fortgeschritten — 1895—1907 haben sie sich nur um ca. 50 % vermehrt, nämlich auf 2272. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Bedeutung der Großbetriebe zurückgegangen sei. Wie sehr das Gegenteil der Fall ist, beweist die Zahl der beschäftigten Personen. Sie betrug 1895 197 041, d. h. annähernd 109 000 oder 127% mehr als 1882. Während die Betriebe sich nur um 100% vermehrt haben, hat die Anzahl der darin beschäftigten Personen um 127% zugenommen. Das beweist, daß der einzelne Großbetrieb bedeutend größer geworden ist. In der gleichen Richtung bewegt sich auch die Entwicklung von 1892—1907. Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich in dieser Zeit auf 433 638 oder um 120% vermehrt. Während 1895 nur 138 beschäftigte Personen auf einen Betrieb kamen, waren es im Jahre 1907 190!

Sie haben — trotz der Eignungsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe — eine starke Konzentration auch in der Metallverarbeitung erkannt. Denn während noch 1882 nur 19% aller in der Metallverarbeitung beschäftigten Personen in Großbetrieben waren, waren es 1907 47%, also

fast die Hälfte! Das ist für den denkenden Arbeiter ein Fingerzeig, auch seine Position durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation zu befestigen.

Der heutige Großbetrieb in fast allen Industrien erfordert große Mengen von Kapital. Man hat deshalb Formen gefunden, die einmal eine große Anhäufung von Kapitalien zulassen und dann das damit verbundene Risiko auf eine Mehrheit von Personen verteilen. Alle die verschiedenen Gesellschaften, die unser Wirtschaftsleben kennt, verfolgen diese beiden Zwecke. Die Bedeutung der von den Gesellschaften geführten Betriebe und die Summen der von ihnen investierten Kapitalien lernen zu lernen, bietet daher das größte Interesse für die Entwicklung der Industrie überhaupt.

Im Jahre 1895 waren 95 086 von Einzelhabern geführte Betriebe vorhanden, die 398 399 Personen beschäftigten; 1907 waren es 97 586 mit 477 182 beschäftigten Personen. Die Vermehrung der Betriebe betrug also 2600, die der Anzahl der beschäftigten Personen 80 783. Von mehreren Gesellschaftern, die in stillen oder offenen Gesellschaften vereinigt waren, wurden 1895 3293, 1907 4682 Betriebe geführt. Die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen betrug 1895 117 513, 1907 180 054. Die Betriebe haben demnach um 1389 zugenommen, die beschäftigten Personen um 62 541; 56 Betriebe wurden 1895 von Kommanditgesellschaften geführt mit 8059 beschäftigten Personen, 1907 70 Betriebe mit 11 447 Beschäftigten. Eine außerordentlich starke Vermehrung weisen die von Aktiengesellschaften geführten Betriebe auf. Ihre Zahl betrug 1895 87; 1907 249. Eine prozentual noch stärkere Erhöhung zeigt die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen. Es waren 1895 nur 30 678, 1907 dagegen 131 515.

Die der Aktiengesellschaft verwandte Form der Kommanditgesellschaft auf Aktien ist für die Metallverarbeitung von geringer Bedeutung. 1895 wurden von Kommanditgesellschaften auf Aktien 10, 1907 13 Betriebe geführt. Die Zahl der beschäftigten Personen ist von 869 auf 1795 gestiegen. — Die stärkste Vermehrung haben prozentual die von Gesellschaften mit beschränkter Haftung geführten Betriebe erfahren. Sie betragen 1895 30, 1907 dagegen 503. Nicht in dem gleichen Verhältnis, aber immerhin sehr stark hat die Anzahl der beschäftigten Personen zugenommen. Sie stieg sich 1895 auf 5434, 1907 auf 47 338! Die Anzahl der Betriebe hat sich also fast um das 17fache, die der beschäftigten Personen fast um das 9fache vermehrt.

Interessant ist, weniger wegen ihrer Bedeutung in der Metallverarbeitung als aus andern Gründen — die Entwicklung, welche die Betriebe und damit die eingetragenen Genossenschaften überhaupt — genommen haben. 1895 waren 9 von derartigen Vereinigungen geführte Betriebe vorhanden mit 1308 beschäftigten Personen. 1907 waren es zwar 12 Betriebe, die Zahl der beschäftigten Personen betrug aber nur 301. Wir dürfen diese Gestaltung als ein Zeichen dafür annehmen, daß sich der genossenschaftliche Betrieb nicht bewährt hat.

Aus den angegebenen Daten ergibt sich, daß die Betriebe der Einzelhaber am stärksten vertreten sind, daß sie auch die meisten Personen beschäftigen. Zur Würdigung ihrer Bedeutung muß aber hervorgehoben werden, daß ihre Produktionsfähigkeit und Produktivität mitunter bei den Betrieben der verschiedenen Gesellschaften ungleich ist. Es soll natürlich nicht bestritten werden, daß unter den Betrieben der Einzelhaber sich auch Mittel-, ja sogar Großbetriebe befinden; in der Hauptsache werden es aber handwerklich-mäßig geführte Betriebe sein. Im Verhältnis zu der großen Anzahl ist die Zahl der beschäftigten Personen recht bescheiden. Auf einen Betrieb kommen durchschnittlich nur 4 beschäftigte Personen.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß relativ die meisten Großbetriebe sich unter den von Aktiengesellschaften geführten Betrieben befinden. Kommen doch hier auf 1 Betrieb durchschnittlich 528 Personen. Die Aktiengesellschaft wird immer die Form sein, in der die meisten Großbetriebe auftreten, denn sie erfüllt am besten die beiden oben genannten Zwecke. Es haben zwar auch die von Gesellschaften m. b. H. geführten Betriebe noch eine raschere Vermehrung als die von Aktiengesellschaften erfahren. Wohl werden auch unter ihnen Großbetriebe vorhanden sein, doch nicht in dem Umfange und in der Größe wie bei den vorhergenannten. Die Entwicklung zeigt aber auch, daß sich trotz der starken Konkurrenz der Großbetriebe in der Metallverarbeitung noch zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe als leistungsfähig erhalten werden.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie

(Schluß)

Interessant war es, in diesem Stadium des Kampfes die sozialdemokratische Presse zu verfolgen. Die recht „weit vom Schuß“ erscheinende Schlag einen Ton an, als sei der sozialdemokratische Arbeiterverband Herr der Situation, als seien die Zugewandten schon recht große. Der „Vorwärts“ durfte es nicht wagen, diese Stimmungsmacheri mit anzusehen, denn die Berliner Leser wußten doch Bescheid. Sie hatten in der Verammlung der Streikenden das Verhalten des Vorwärts ja schon als einen „Skandal“ als „eine Schmach und Schande“, gebrandmarkt. Das „Korrespondenzblatt“ Nr. 48 vom 2. Dezember hat durch einen (überlegten?) Druckfehler die Wahrheit über eine dreistufige Abstufung hinsichtlich der Arbeitszeit vorgenommen war, unterdrückt.

Am 30. Nov. ging dann die Entlassung der 60 Prozent von statten. Dem Bestreben, die Berliner Aussperrung nach außen als möglichst belanglos erscheinen zu lassen und die Aufregung zu unterdrücken, dürfte es zuzuschreiben sein, daß die sozialdemokratische Presse die Zahl der Aussperrten auf nur 22 000 bezifferte. Am 5. Dezember fanden dann erneut Unterhandlungen statt. Das Resultat waren wesentlich Wortverschiebungen und Zusätze zu den schon verworfenen Vereinbarungen. Um die betreffenden Veränderungen kenntlich zu machen, veröffentlichten wir die ersten Vereinbarungen und setzen die vorgenommenen Veränderungen in () ein:

§ 1. Die tägliche regelmäßige Arbeitszeit beträgt für Formner und sämtliche Affordarbeiter nicht über neun Stunden, für die in Lohn arbeitenden Kernmacher und Papier (soweit die Eigenart des Betriebes es erfordert, bis zu 9 1/2 Stunden, für die Hilfsarbeiter (bis zu) 10 Stunden. Sonnabends beträgt die Arbeitszeit eine Stunde weniger.

§ 2. Die Betriebsrichtungen sind derart zu treffen, daß mit Schluss der durch § 1 festgesetzten Arbeitszeit die Arbeit beendet ist.

§ 3. Es wird mit jedem in der Gießerei beschäftigten Arbeiter (längstens innerhalb der ersten 10 Tage seiner Beschäftigung) auf seinen Wunsch ein seinen Leistungen entsprechender Stundenlohn vereinbart. Affordarbeiter erhalten bei Lohnarbeit den Durchschnittslohn des letzten Jahres abzüglich 15 Proz., bei kürzerer Beschäftigungsdauer den Durchschnittslohn während dieser Zeit ebenfalls abzüglich 15 Prozent.

Steht ein solcher Durchschnittslohn noch nicht fest, so wird der Durchschnittslohn der gleichwertigen Affordarbeiter abzüglich 15 Prozent gezahlt.

§ 4. Es ist nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die Affordarbeiter ihre Arbeit ohne Unterbrechung zu Ende führen können. Die Zeit, während welcher der Affordarbeiter ohne sein Verschulden am Weiterarbeiten verhindert ist, wird, wenn es mehr als 1/4 Stunde ist, zu einem Lohnsatz vergütet, der seinem Durchschnittslohn nach § 3 entspricht. Auf diese Vergütung hat er jedoch nur dann Anspruch, wenn er der Betriebsleitung von dem Unfallzeit, den er erleidet, vor Ablauf der ersten 1/4 Stunde Kenntnis gegeben und diese auf seine Anfrage entschieden hat, daß er nicht ausreisen soll.

§ 5. Bei Uebergabe von neuen Affordarbeiten ist bei Inangriffnahme derselben der Affordpreis zu vereinbaren und der Affordzettel, auf welchem der Affordpreis, sowie Stückzahl und Stigium verzeichnet ist, spätestens am andern Tage vormittags zu übergeben. Auf jeden Fall muß der Affordzettel in Händen des Formners sein, ehe die fertige Arbeit seinen Platz verläßt.

Wird über den Affordpreis zu Beginn der Arbeit nicht verhandelt und entstehen Streitigkeiten über denselben, so ist dem Arbeiter sein Durchschnittslohn zu bezahlen. Ist dagegen zu Beginn der Arbeit verhandelt, eine Einigung über den Affordpreis aber nicht erzielt worden, so muß die Arbeit in Stundenlohn gemäß § 3 hergestellt werden.

Änderungen der bisherigen Affordpreise dürfen nur nach vorheriger Verabredung mit den betreffenden Arbeitern vorgenommen werden, andernfalls gelten die bisherigen Affordpreise.

§ 6. Ausschußfuß, an dem der Affordarbeiter Schuld hat, wird nicht bezahlt. Ausschußfuß, an dem der Affordarbeiter keine Schuld hat, wird bezahlt. Legt sich die Schuldfrage, selbst unter Einwirkung von Sachverständigen beider Parteien nicht feststellen, so wird der halbe Afford bezahlt.

§ 7. Dem Affordarbeiter muß, bevor Ausschußstücke befestigt werden, Gelegenheit gegeben werden, dieselben zu befestigen. Geschieht dies nicht, so muß die Arbeit den beteiligten Arbeitern voll bezahlt werden.

§ 8. Es hat eine möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung der Arbeit stattzufinden.

Schlechte Afforde sind so aufzubessern, daß der Affordarbeiter seinen Durchschnittslohn erhält.

§ 9. Bei eintretendem Arbeitsmangel soll, bevor Entlassungen stattfinden, wenn die Betriebsverhältnisse es erlauben, zunächst möglichst die Arbeitszeit verkürzt werden.

§ 10. Es sind genügend Hilfskräfte zur Bedienung der Krane, zur Instandhaltung der Trockenkammern, zum Aufstücken der Gießerei und zur Aufrechterhaltung des ungestörten Betriebes zur Verfügung zu stellen.

§ 11. Die Fabrikleitung hat für genügende Betriebssicherheit und ausreichende hygienische Einrichtungen — gebaute Wege, ausreichende Beleuchtung, Heizung, Ventilation, Wascheinrichtungen — zu sorgen.

§ 12. Wo bereits bessere Arbeitsverhältnisse, als im obigen hervorgehoben sind, bestehen, sollen dieselben nicht verschlechtert werden.

§ 13. Die Formner verpflichten sich, die Modelle vor-

§ 14. Die Formner und Gießereiarbeiter sind, außer in Krankheitsfällen, nicht berechtigt, ohne Erlaubnis der Betriebsleitung von der Arbeit fortzubleiben.

Erklärung zur Aufnahme in das Protokoll.

Im Laufe der Verhandlungen wird festgestellt, daß bei Differenzen eine Kommission seitens des Verbandes Berliner Metallindustrieller zusammengetreten ist, die die Streitigkeiten in Gemeinschaft mit Vertretern der Arbeiterorganisation schlichtete. Ideale Vermittelung, die sich durchaus bewährt hat, soll auch in Zukunft, speziell bei Differenzen, die sich etwa aus dem heute getroffenen Abkommen ergeben, eintreten, und zwar sobald wie möglich, längstens innerhalb 10 Tagen. Die Löhne der Lohn- und Hilfsarbeiter sollen revidiert und in denjenigen Fällen erhöht werden, in denen bisher eine besonders niedrige Bezahlung statthat. Als Norm hierfür wird ein Anfangslohn für (volljährige) Hilfsarbeiter von 40 Pfg. (und dessen Erhöhung nach dreimonatlicher Beschäftigungsdauer auf 42 Pfg.) pro Stunde bei den jetzigen Zeiten als angemessen bezeichnet.

Bei Aufnahme der Arbeit treten diejenigen Lohn- und Hilfsarbeiter, welche ihre alte Arbeit wieder erhalten (mindestens) in die Lohnsätze ein, welche sie bei Beginn des Streiks hatten. Maßregelungen aus Anlaß der Durchführung dieser Vereinbarung dürfen nicht stattfinden. Die Mitglieder der Schlichtungskommission dürfen nur unter Zustimmung der Fabrikleitung entlassen werden. Bis zum 31. 1. 1912 sollen (vor der Beschäftigung betriebsfremder Arbeiter) vorzugsweise die bisherigen Arbeiter wieder eingestellt werden.

Die Zugeständnisse sind gültig, falls die an der Bewegung Beteiligten — Formner, Gießereiarbeiter, Dreher, Fräser usw. —, soweit sie von den Betrieben bestellt werden, am Freitag, den 8. Dezember ihre Arbeit aufnehmen. Die Einstellung erfolgt nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse. Mit der Wiedereinstellung der ausgesperrten wird nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse am Montag, den 11. Dezember 1911 begonnen. Die Aussperrten werden ohne Kürzung ihrer bisherigen Rechte wieder eingestellt.

Die während der Dauer des Streiks wegen Arbeitsmangel Entlassenen werden den Aussperrten gleichgestellt.

Man sehe sich dieses Kampfergebnis genau an und man versteht, daß die Formner in der entscheidenden Versammlung dem ersten Bevollmächtigten des sozial. Metallarbeiterverbandes Cohen, der für die Annahme des Ergebnisses mit unendlich vielen Worten eintrat, einen Strich zurechnen und ihm zurufen: „Laß dich aufhängen!“ Ueber den Verlauf der Schlussversammlung, welche am 6. Dezember stattfand, schreibt ein Versammlungsteilnehmer der „Märkischen Volkszeitung“ vom 8. Dezember folgendes:

„Die streikenden Formner und Gießereiarbeiter waren Mittwoch fast vollständig in der „Neuen Welt“ versammelt, um über die erneut mit den Unternehmern getätigten Vereinbarungen zu verhandeln. Vor dem Versammlungslokal wurde ein anonymes Flugblatt verteilt, in welchem behauptet wurde, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den Arbeitern eine Niederlage nach der anderen bereite und nur durch Austritt aus der Organisation und durch Solidaritäts- und Generalkstreik Besserung möglich sei. Unter klugem Hinweis auf den am 12. Januar 1912 stattfindenden Wahltag und die Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten suchte der 1. Bevollmächtigte Cohen gegen die im Flugblatt enthaltenen Angriffe zu schützen. Der Branchenvertreter der Formner, Verbandsbeamter Sellrich, suchte mit unendlich viel Worten den Formnern das von den Unternehmern Zugeständene, mündgerecht zu machen. Die Unternehmer hatten als einzigen wesentlichen Punkt, den Stundenlohn für volljährige Hilfsarbeiter, nach dreimonatlicher Beschäftigungsdauer von 40 auf 42 Pfg. zu steigern, sich bereit erklärt.

Die Formner nannten die Vereinbarung „Makulatur“, über die „ohne Diskussion zur Tagesordnung geschritten werden müsse“. Sie (die Formner) seien wert, von der Berliner Arbeiterschaft und von den Arbeitskollegen der Provinz ausgepöckelt zu werden, wenn sie sich damit zufrieden gäben. „Der Dies zur Annahme empfehle, sei ein Verräter“. Cohen habe „in den früheren Versammlungen immer über die Unternehmung gehöhnt betriebs der Aussperrung.“ Er hätte „die Trostung mit Aussperrung als ein Trofen mit einem Holzjabel bespöttelt.“ Nach Cohen sei „der Metallarbeiterverband stark und mächtig und bereit, die Abrechnung mit den Industriellen, die doch einmal kommen müsse, auszunehmen.“ Wie der Verlauf der Bewegung aber zeige, „kämpfen die Führer des Metallarbeiterverbandes mit dem Holzjabel.“ Bisheran sei „die Berliner Formnerbewegung in der Defensive geführt worden. Jetzt müsse zur Offensive übergegangen werden.“

„Anstatt die 40 Prozent aus den Betrieben zu ziehen, suche der Metallarbeiterverband mit aller Gewalt die Bewegung abzumuffeln.“

Gegen 1 Uhr erfolgte die Abstimmung. Das Resultat war, daß von 2543 1817 für Ablehnung der Vorlage und für Weiterstreiken stimmten. 712 erklärten sich für Annahme der Vorlage und damit für Aufhebung des Streiks. Da die Statutgemäße Dreiviertelmehrheit (1896 Stimmen) für die Fortführung des Streiks nicht vorhanden war, galt der Streik als beendet.

Nach Verkündung dieses Resultats geriet die Masse der Versammelten in eine sehr erregte Stimmung. Es war der Versammlungsleitung nicht möglich, noch einen Satz zu sprechen. Steis wurde sie niedergebrellt; die Formner ließen es nicht zu, daß eine Vertrauensmännerkonferenz, die über die Einstellungsverhandlungen beraten sollte, tagen konnte. Noch lange standen Cohen und Sellrich auf der Bühne, bis vor sich starrend und warteten ab, ob die Formner nicht doch das Vokal verlassen würden, damit die Vertrauensmännerkonferenz tagen konnte. Umsonst, die Menge wich nicht vom Platz.

Um dieser unangenehmen Situation zu entgehen, entschloß sich Cohen mit seinen Getreuen, sich durch eine Hintertür zu entfernen. Darauf stürzte die Menge aus dem Saal. Als sie Cohen wieder in einem kleinen Saal gewahrte, stürzten alle auf ihn. Dabei gungen die Scheiben einer Glaskür in Trümmer. Beamte vom Schmiedeverband und vom Transportarbeiterverband hatten Cohen schützend zwischen sich genommen. Er suchte vergeblich durch eine andere beschlossene Glaskür der Situation zu entgehen. Der Branchenvertreter, Verbandsbeamter Sellrich schlich sich unter Trohungen und Forderungen der aufgeregten Formner an der langen Mauer des Gebäudes entlang zur Straße hin. Cohen, der noch mit wenigen Vertrauensleuten im Hof der „Neuen Welt“ zurückgeblieben war, versuchte erneut diese zur Teilnahme an einer Sitzung betreffs Beratung der Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Diese zerrissen zum Teil ihre Vertrauensmännerkarten und erklärten, wenn er (Cohen) etwas wollte, möchte er zu ihnen kommen. Die Zügel der Bewegung sind der sozialdemokratischen Leitung aus der Hand gegliitten. Ob unter diesen Umständen eine geordnete Wiederaufnahme der Arbeit möglich ist, bleibt abzuwarten.“

So führt der Deutsche Metallarbeiterverband im Herzen der heutigen Sozialdemokratie — in Berlin — wo er ein Sechstel oder etwa 17—18% seiner Mitglieder hat, Kämpfe! Wohlgerückt, es handelt sich hier um die Stammtuppen dieser Organisation und nicht etwa um ungeübte, erst kurz vor der Bewegung gesammelte Massen. Wägen unsere Kollegen das den roten Agitatoren gebührend um die Ohren schlagen für den Fall, daß diese sich wieder einmal anmaßen sollten, unsere Mitglieder bei irgend einer Bewegung gänzlich zu wollen. Eine Organisation, die in Oberstein, Mannheim, Hamburg, Solingen, Forzhelm, Chemnitz, Leipzig, Berlin u. c. auf dem Gewissen hat, die gerade an den Orten, wo sie als die einzige, oder doch als die überwiegend ausschlaggebende in Frage kommt, die Metallarbeiter-schaft von Niederlage zu Niederlage führt, die ist doch wahrhaftig nicht zum Ratgeber christlicher Arbeiter berufen.

Wenn es wahr ist, daß eine Sache umso schlechter ist, je mehr Worte zu ihrer Rechtfertigung nötig sind, dann ist der Berliner „Kampfbreiß“ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der Tat „Makulatur“, wie die Formner jagten. Wägen doch die heutigen Metallarbeiter, an diesem Vorgang wieder einmal die Hohlheit und Aufgeblasenheit des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erkennend, den etwasi vernünftigen Weg einschlagen und sich im christlichen Metallarbeiterverband zu positiver Arbeit zusammenfinden.

Eingabe der Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes an das Direktorium der Firma Friedrich Krupp A. G. Essen-Mübe

d. Ueberarbeit

Von einem großen Teil der Kruppischen Arbeiter, wir dürfen wohl hinzufügen, wohl nicht dem schlechtesten, wird noch immer über das Ueberstundenwesen geklagt. Wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß in einem so gewaltigen Betriebe es immerhin vorkommen kann, daß Ueberstunden gemacht werden müssen, um entweder einen kurz bemessenen Liefertermin einzuhalten oder notwendige Reparaturen vorzunehmen, so glauben wir doch der Ansicht eines großen Teiles der Kruppischen Arbeiter Ausdruck geben zu sollen, daß viele Ueberstunden nicht unbedingt notwendig sind. Wenn es noch Arbeiter gibt, die sich zum Ueberarbeiten drängen, so dürfte

Metall-Abfälle.

Bei der ausgedehnten Verarbeitung und Verwendung der verschiedensten Metalle ergeben sich, sowohl bei der Fabrikation, als auch beim Verbrauch der aus Metall hergestellten oder auch mit Hilfe von Metallen und Metallverbindungen erzeugten Produkte eine Reihe von Abfällen, von deren Wiedergewinnung nicht selten das Gedeihen ganzer Geschäftsbetriebe abhängt. Die Abfälle von Edelmetallen werden sehr hoch bezahlt, da die Wiedergewinnung dieser teuren Stoffe eine besonderen Schwierigkeiten bereitet. Bei den billigeren Metallabfällen richtet sich der Preis nach der Größe der Schwierigkeit, wie die reinen Metalle wieder aus den Abfällen gewonnen werden können.

Man unterscheidet, wie schon oben angedeutet, zwischen Abfällen, die sich bei der Fabrikation ergeben und solchen, die nach dem Verbrauch erst wieder mühsam gesammelt und zur nutzbringenden Verwertung gebracht werden können.

Bekanntlich wird beispielsweise eines der wichtigsten Produkte der chemischen Industrie, die Schwefelsäure, nicht mehr wie früher, aus reinem Schwefel, sondern aus schwefelhaltigen Eisenerzen, gewöhnlich Schwefelkies genannt, hergestellt. Nach dem Abreiben des Schwefels verbleiben metallische Rückstände sogenannte Kiesabbrände, welche auf Kupfer und namentlich Eisen verarbeitet werden. Der Preis der Schwefelsäure ist hauptsächlich aus dem Grunde ein so verhältnismäßig niedriger, weil diese Kiesabbrände reiflos verwertet werden können.

Bei der Fabrikation mancher Zwischenprodukte für die Leuchtgasindustrie werden Zinn, Eisen, Aluminium und andere Metalle gebraucht, die als Metallorgane aus der Fabrikation abfallen. Die Wiederverwertung dieser Metallorgane ist oft eine Lebensfrage für die genannten Fabrikationen. Man denkt nur an die Abfälle von Zinnorg, die nach der mannig-

fachsten Anwendung des Zinklaubs als Reduktionsmittel sich ergeben, ferner an die Annahme von Eisenoxydabfällen bei der Fabrikation von Anilin und ähnlichen Produkten. Ohne die Wiedergewinnung dieser Metallabfälle würden manche Fabrikationen ganz unrentabel, oder die Herstellungskosten würden sich ganz bedeutend erhöhen.

Zum Färben der Farben auf Seide und zum Beschwören derselben wird ein Produkt verwendet, welches die Färber im Rheinland „Pinsle“ nennen. Diese Pinsle ist weiter nichts als eine konzentrierte Lösung von Zinnchlorid. Ein sehr großer Teil dieses Stoffes wird als Abfallprodukt bei den Seidenfärbereien wiedergewonnen und wandert als Zinnpaste in die Zinnhütten zurück, um wieder als reines Zinn gewonnen zu werden.

Zusammen mit flüssigen Säuren sind Tag für Tag damit beschäftigt, um „Almetalle“, teilweise aus dem Gebrauch, teilweise aus Metallbearbeitungsfabriken, zu sammeln und ihrer Verwertung zuzuführen. Der Handel mit Almetallen, Silber, Kupfer u. steht in sehr lebhafter Blüte und bringt reichlichen Gewinn. Die Wiedergewinnung der reinen Metalle bezw. Metalllegierungen bietet keine besondere Schwierigkeit, da die genannten Almetalle meist entweder als solche eingeschmolzen werden oder als Zuschläge bei der Herstellung der Metalle aus Erzen dienen. Hinzuwiderum gibt es Metallabfälle, deren rentable Verwertung den Fabrikanten und Chemikern schon manche Schwierigkeiten bereitet hat. Wir denken hier an die Verwertung gebrauchter emaillierter Gegenstände, die heute immer noch sehr viele Schwierigkeiten bietet, und an die Verwertung von Weißblechabfällen, die namentlich als gelöst betrachtet werden kann.

Weißblech besteht bekanntlich aus sehr reinem Eisen mit einem Ueberzug aus durchschnittlich 11,2 bis 30% Zinn. Während man durch Einschmelzen von Meisen ein sehr reines Produkt wiedergewinnt, würde durch direktes Einschmelzen des

aus 98—99% Eisengehalt und 1—2% Zinngehalt bestehenden Weißblech ein ganz wertloses Material erzielt werden, da schon die geringsten Mengen Zinn das Eisen brüchig und dadurch wertlos machen würden. Zuerst muß durch einen chemischen Prozeß das Zinn vom Eisen vollständig getrennt werden, wonach man nicht nur ein vorzügliches Eisenmaterial erhält, sondern auch das sehr teure Zinn gewinnbringend verwerten kann. Früher war es allgemein üblich, die Weißblechabfälle in einem Bade von Natronlauge mit dem elektrischen Strom zu behandeln, welcher das Zinn in Form von Zinnschwamm von dem Eisen trennte. Seit neuester Zeit aber werden die Weißblechabfälle mit Chlor behandelt; geschieht dies unter gewissen Vorsichtsmaßregeln, so läßt das Chlor das Zinn vom Eisen ab, ohne daß das Eisen vom Chlor angegriffen wird. Während das so gewonnene Eisen ein sehr geiziges Material in den Eisenhütten ist, findet das in Chlorzinn verwandelte Zinn in den Seidenfärbereien ausgedehnte Verwendung. Es werden nicht nur diejenigen Abfälle verarbeitet, welche bei der Herstellung von Weißblechbüchsen (Konjektsdosen, Spielwaren, Küchengeräte u.) resultieren, sondern man ist in neuester Zeit auch dazu übergegangen, die gebrauchten oft genannten Gegenstände wieder zu verwerten. In großen Städten, wie Hamburg, Berlin, Dresden bestehen große Gesellschaften, deren Zweck es ist, aus der köstlichen Müllabfuhr Konjektsbüchsen, Emailgeschirre u. zu sammeln und sie in die Metallverarbeitungsanstalten zur geeigneten chemischen Behandlung zurückzuführen.

Die Wiederverwertung von Metallabfällen steht in Deutschland in sehr hoher Blüte; nicht nur der Handel zieht seinen Gewinn aus den oft scheinbar sehr wertlosen Abfällen, sondern viele Fabriken mit einer großen Anzahl von Arbeitern finden lohnende Tätigkeit in der Verarbeitung von Metallabfällen.

der Grund hierfür zum Teil in den oben bereits dargelegten unzureichenden Lohnverhältnissen einzelner Arbeiterkategorien zu suchen sein. Andererseits soll nicht geleugnet werden, daß einige Arbeiter sich aus rein egoistischen Motiven zur Ueberarbeit drängen und daß es Vorgesetzte gibt, die einem derartigen Bestreben Vorschub leisten. Ein solches Verhalten dürfte nicht im Interesse der Firma liegen, denn auch für die Arbeiter ist es nicht im Interesse, daß heute die Anforderungen an die Arbeitskraft des Einzelnen so gestiegen sind, daß bei regelrechter Arbeit in der regelmäßigen Arbeitszeit die Arbeitskraft genügend ausgenutzt wird. Dazu kommt ferner die Tatsache, daß die Ueberarbeit in der Regel nicht einer Verbesserung des Familienlebens zugute kommt und ferner die für die Firma äußerst wertvolle geistige Weiterbildung ihrer Arbeiter naturgemäß leidet. Gerade bei der Firma Krupp werden an die geistigen Eigenschaften eines großen Teiles der Arbeiter hohe Anforderungen gestellt und kaum eine andere Firma dürfte in so hohem Maße auf eine intelligente Arbeiterkraft angewiesen sein, wie die Firma Krupp. Nun hat ja sowohl die Stadt Essen, wie auch die Firma selbst, direkt oder indirekt eine Reihe von Möglichkeiten für die Arbeiter geschaffen, ihre Allgemeinbildung zu betreiben, wir nennen die Kruppische und Städtische Völkerschule, Volkshochschule, akademische Kurse usw. Einem großen Teile der Arbeiter wird aber die Möglichkeit, diese Einrichtungen zu benutzen, erheblich eingeschränkt durch das in einzelnen Betrieben recht stark eingeriffene Ueberstundenwesen. Wir glauben daher, daß es besonders im Interesse der Firma liegt, wenn die Ueber- und Sonntagsarbeit auf das allernotwendigste Maß zurückgedrängt würde. Es ist weiter auf den Umstand hinzuweisen, daß hier in Essen in allen tariflich geregelten Gewerben besondere Zuschläge für Ueberstunden gezahlt werden, aus der durchaus richtigen Erwägung, daß die Ueberstunden für die Arbeiter eine besondere Anspannung bedeuten und auch Mehraufwendungen im Gefolge haben. Die Firma Krupp hat das Zurückgehen dieser Erwägung ebenfalls dadurch anerkannt, daß sie im Jahre 1906 auf der Germaniawerkstatt in Kiel diese Zuschläge einführte. Wir sind der Ansicht, daß die Einführung dieser Zuschläge insofern im Interesse der Firma selbst liegt, als dann die unteren Organe von selbst die Ueberarbeit auf das Mindestmaß zurückdrängen, um eine unnötige und ungerechtfertigte Verteuerung des Betriebes zu verhindern. Wir ersuchen daher das Direktorium, auch auf dem Essener Werk die Bestimmung zu treffen, daß für Ueberstunden 25 Prozent und für Sonntagsarbeit 50 Prozent vergütet werden. Der bisherige Zuschlag von 33 1/2 Prozent für Sonntagsarbeit hat nach Ansicht der in Betracht kommenden Arbeiter leider noch nicht bewirkt, daß alle unnötige Sonntagsarbeit, besonders in den Reparaturwerkstätten, vermieden wird. Schon jetzt werden in Essen allgemein höhere Zuschläge für Sonntagsarbeit gezahlt und dürfte der bisherige Satz der Tatsache, daß durch die Sonntagsarbeit dem Arbeiter der einzige Erholungs- und Ruhetag genommen wird, zu wenig entsprechen.

6. Strafwesen.

Wir verkennen durchaus nicht, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung in einem so gewaltigen Betriebe wie ihn die Gußstahlfabrik darstellt, Strafbestimmungen erforderlich sind. Im Allgemeinen muß sich ja die Höhe der Strafen in den von der Reichsgewerksordnung § 7 § 9 n. Gr. n. en. hal. en. Wir dürfen wohl in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß wenn auch im letzten Jahre wiederum eine kleine Steigerung der Summe der insgesamt verhängten Geldstrafen zu verzeichnen war, doch diese Summe gegenüber dem letzten Jahre 1906 erheblich zurückgegangen ist. Die Steigerung im letzten Jahre findet eine Erklärung wohl darin, daß bei der Durchführung der neuen Kontrollvorrichtungen strengere und mehr Strafen verhängt wurden. Während aber im Jahre 1906 bei 34747 Beschäftigten laut Bericht der Pensionskasse 48 160,16 Mark an Strafen vereinnahmt wurden, betrug diese Summe im Jahre 1910 bei 35 474 Arbeitern nur noch 31 217,92 Mark. Wir glauben diesen erheblichen Rückgang zum nicht geringen Teile auf die größere geistige Reife und Selbstsücht des größten Teiles der Arbeiterschaft zurückführen zu können. Was aber bei dem Verhängen von Strafen jetzt besonders beklagt wird, ist der große Unterschied in der Art und Höhe der Bestrafungen in den einzelnen Betrieben. Während es seit Jahrzehnten auf der Fabrik allgemein 15 Norm galt, daß beim zweiten Zustimmen in einer Lohnperiode 25 Pfg. Strafe verhängt wurde, wird jetzt vielfach in einzelnen Betrieben schon das erstmalige Zustimmen mit 50 Pfg., ja sogar mit 1 M. bestraft. Dann wird auch darüber geklagt, daß in einigen Betrieben ziemlich rigoros Strafen verhängt werden, und daß es jedem untergeordneten Beamten gestattet ist, zu bestrafen. Ob dies im Interesse der Firma liegt, ist jedenfalls zweifelhaft. Wir glauben vielmehr, daß durch allzustrenge und willkürliche Bestrafung nur Verbitterung in die Arbeiterschaft hineingeraten wird.

Wir richten deshalb an die Firma das Ersuchen, das Strafwesen möglichst einheitlich zu regeln, etwa in der Form, daß für sämtliche Ressorts festgelegt wird, daß Strafen nur vom Betrieb selbst verhängt werden dürfen und die Höhe der Strafe für ein und dasselbe Vergehen möglichst einheitlich für das ganze Werk festgelegt wird. Wir glauben, daß durch eine derartige Regelung einem großen Teile der vorhandenen Mißstimmung der Boden entzogen würde.

1. Gewährung von Urlaub.

In vielen Privat- und den meisten Kommunal- und Staatsbetrieben wird bereits heute den Beamten in der Regel im Sommer einige Tage oder Wochen Urlaub gewährt.

Die Einführung eines derartigen Urlaubs für die gewerblichen Arbeiter ist ebenfalls ein erstrebenswertes Ziel, zu dessen Erreichung schon heute vielfach der Anfang gemacht ist. Es würde zu weit führen, in diesem Rahmen die Firmen aufzuzählen, die ihren Arbeitern schon einen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes in irgend einer Form gewähren. Alle diese Firmen weisen darauf hin, daß sich die Einrichtung bewährt hat und berichten über günstige Erfolge.

Die gesundheitliche Stärkung und geistige Auffrischung, die mit dem Urlaub verbunden sind, sehen gewiß außer Zweifel. Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf ein Rundschreiben der Handelskammer für Oberfranken, worin es u. a. heißt:

„Wir halten es für dringend erwünscht, daß für alle Arbeitnehmer, die eine anstrengende Tätigkeit haben, alljährlich eine ausreichende Zeit zur Erholung gewährt wird, unter Fortzahlung des gesamten Arbeitsverdienstes.“

Die Erhaltung der Gesundheit, der Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit liegt ebenso sehr im wirtschaftlichen Interesse der Prinzipale, wie in dem der Arbeiterschaft.“

Wir geben bestreben dem Wunsch Ausdruck, die Firma Krupp möge der Frage der Gewährung eines Urlaubs an ihre Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes baldmöglichst näher treten. Wenn die Gewährung des Urlaubs und die Dauer desselben auch durchweg von der Beschäftigungsbauer und dem Alter des Einzelnen abhängig gemacht wird, dürfte sich bei einer eventuellen Einführung des Urlaubs für die Kruppischen Arbeiter doch empfehlen, daß das Festschaffen von dem die Urlaubsgewährung abhängig gemacht wird, nicht zu hoch angelegt wird. (Schluß folgt.)

Eingabe

Der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Handwerker, Maschinisten und Geizer der Kgl. Saargruben betreffende Erhöhung der Löhne.

Für die unserem Verbands angehörenden Handwerker, Maschinisten und Geizer der Kgl. Saargruben wurde durch unser Bezirkssekretariat folgende Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet:

„Die über Lage beschäftigten Arbeiter der königlichen Saargruben haben seit Jahren einen bedeutend geringeren Durchschnittslohn, als wie dies in anderen Kohlenrevieren mit gleichen Lebensbedingungen (Ruhr- und Wurmrevier) der Fall ist.“

Dies geht aus folgenden amtlichen Zahlen hervor: 1908 betragen die Schichtlöhne im Bezirk Dortmund 3,01 M., im Bezirk Saar 3,59 M., und im Bezirk Aachen 3,74 M.; 1909 betragen sie im Bezirk Dortmund 3,88 M., im Bezirk Saar 3,69 M. und 1910 im Bezirk Dortmund: 1. Quartal 3,92 M., 2. Quartal 3,95 M., im Bezirk Saar: 1. Quartal 3,59 M., 2. Quartal 3,60 M., 3. Quartal 3,58 M.

Wir geben diese Zahlen kein genaues Bild über die Löhne der auf den Gruben beschäftigten Handwerker, Maschinisten und Geizer in den einzelnen Kohlenrevieren. Immerhin aber dürften dieselben als Beweis dienen, daß in andern Revieren die Löhne höher sind als auf den Kgl. Saargruben.

Wie allgemein im deutschen Vaterlande, so steigen auch an der Saar die Lebensmittelpreise und die für die übrigen Bedarfsartikel immer mehr. Dieser Umstand hat selbstverständlich im Gefolge, daß auch die Ausgaben der Arbeiterfamilien immer mehr steigen. „Saars“ und Gemeindefiskus belasten ebenfalls den Arbeiterhaushalt stärker wie früher. Dies kann besonders von den Gemeindefiskus gesagt werden, die gerade in den Gemeinden, wo die Arbeiter der Saargruben wohnen, in den letzten Jahren gewaltig gestiegen sind, weil fast ausschließlich Arbeiter als Steuerzahler in Betracht kommen. Diese Umstände hatten die Handwerker, Maschinisten und Geizer bereits schon zu Beginn dieses Jahres veranlaßt, in einer Petition und Denkschrift Ew. Excellenz ihre Wünsche betreffs Lohnerhöhungen zu unterbreiten.

Die Lebensverhältnisse der Arbeiter an der Saar haben sich infolge der Dürre des vergangenen Sommers mit ihren Begleiterscheinungen und der unter den Viehhältern sehr stark verbreiteten Maul- und Klauenseuche erheblich verschlechtert, sodaß bei sehr vielen Arbeitern littere Not herrscht. Da den Arbeitern nur durch eine den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung geholfen werden kann, erlauben wir uns folgende Wünsche ergebenst vorzutragen:

1. Festsetzung des Lohnes wie folgt:

a. Handwerker		b. Maschinisten	
Alter	Schichtlohn	Schichtlohn	
16-18	M. 2,50	M. 2,50	
18-19	M. 3,00	M. 3,00	
19-20	M. 3,50	M. 3,50	
20-22	M. 3,80	M. 3,70	
22-24	M. 4,50	M. 4,30	
24-26	M. 4,80	M. 4,50	
26-30	M. 5,00	M. 4,80	
30 J. u. darüb.	M. 5,50	M. 5,30	

2. Einheitliche Löhne für alle Inspektionen, da die Lebens- und Steuerverhältnisse in allen Revieren, in denen die Handwerker, Maschinisten und Geizer wohnen, gleich sind.

In Anbetracht der geschüberten Verhältnisse dürfen wir wohl Ew. Excellenz bitten, alles tun zu wollen, um eine möglichst baldige Lohnerhöhung und eine Umgestaltung der Löhne eintreten zu lassen.“

Offentlich kommt das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe den vorstehend dargelegten billigen Wünschen der Grubenhandwerker in Würde entgegen. Aufgabe der Letzteren ist es aber nun auch, durch vollständigen Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband zu zeigen, daß sie samt und sonders hinter den in der Eingabe vorgetragenen Wünschen stehen. Nur die Einigkeit und Geschlossenheit verleiht den endlichen Erfolg.

Der hämte Stimmungsmache

wird, um die durch den Verlauf und Ausgang des Berliner Formertreiks erzeugte oppositionelle Stimmung und Mißvermutung im Lager der sozialdemokratischen Arbeiter zu beschwichtigen, im Vormärts vom 12. Dezember versucht. Am Montag, den 11. Dezember hat in den Germaniafälen eine Versammlung der Berliner Formert und Eisenarbeiter stattgefunden, welche den Zweck hatte, einen neuen Formertverband ins Leben zu rufen. Die Beamten vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, die erschienen waren und die Formert beschwichtigen wollten, wurden niedergeschrien. Da ein Resultat nicht zu erzielen war, gingen die Versammelten gegen 12 Uhr nachts auseinander. In der nächsten Zeit soll eine neue Versammlung zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Von dieser Versammlung schreibt die sonst so gut unterrichtete Zeitung der Berliner Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes nichts. Aber unter dem hoch klingenden Titel „Und sie verhandeln doch“ sucht die Verbandszeitung den Eisenarbeitern und der Öffentlichkeit klar zu machen, daß die Metallindustriellen bei diesem Kampfe „aus Position zu Position gedrängt“ wurden.

Daf hier eine Mär in die Welt gesetzt wird, erhellt aus der Art, wie der Vormärts das Produkt behandelt. Das sozialdemokratische Zentralorgan unterhält eine ständige Rubrik, betitelt: „Gewerkschaftliches“. In dieser werden alle offiziellen Verlautbarungen der Berliner Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes publiziert. Die Verbandsleitung und der Vormärts, die schon einmal in Kellers Fällen von den Formern wegen ihrer durchsichtigen Schwärzerei bezüglich der Ertragsverhältnisse für das Eisenpersonal färs angegriffen wurden suchen ihre jetzt Stimmungsmache auf Umwegen an den Mann zu bringen; zu deutlich: sie machen in Sinterrevuepolitik.

Die interessierte Metallarbeiterverbandsleitung beachte ihre Mär deshalb nicht unter „Gewerkschaftliches“, weil sie bei den informierten Eisenarbeitern nicht als Verfasser erscheinen darf. In dem Artikel heißt es: „Der Metallarbeiterverband hat ein Recht, auf das Ergebnis dieses Kampfes mit Stolz zu blicken.“ Mit einer nicht zu überbietenden Scharfsinnigkeit wird dann versucht, einen großen materiellen und ideellen Sieg aufzumachen. Erkannt werden die Formert sich ob dieser Leistung gegenfellig angefahren haben. Aber sie mögen daraus erkennen, was die sozialdemokratischen Führer auf dem Gebiete der „Journalistik“ zu leisten vermögen. Wie hier aus Nichts etwas ganz Großes gemacht wird, so wird von derselben Seite alles, was von nicht sozialdemokratischer Seite gemacht wurde, zu Nichts heruntergerissen.

Einem Bedürfnis der sozialdemokratischen Verbandsleitung entsprechend wird denn auch die bei dieser Bewegung entwickelte Taktik der Unternehmer so besprochen, daß das von den Formern scharf kritisierte Vorgehen des Metallarbeiterverbandes als der Weisheit letzter Schluß erscheint. Was im Vormärts bezüglich Schwächlichkeit und Unentschlossenheit beim Formertreik über den Verband der Industriellen gesagt wird, trifft fast wortgemäß für den Metallarbeiterverband selbst zu. Es würde sich das, wenn man anstatt Unternehmerverband Metallarbeiterverband setzt, ungefähr so lesen:

„Wir sind überzeugt, daß es gar nicht zur Aussperrung gekommen wäre, wenn der Metallarbeiterverband sofort energisch für alle Formert den Streik erklärt hätte. Bedingt der Umstand, daß der Metallarbeiterverband in altgewohnter Großsprechermanier mit großen Worten statt Taten vorging, bewirkte, daß die Unternehmer sich ablehnend setzten und zur Aussperrung schritten. Die Industriellen sahen nur die drohende Mene, sie sahen aber nicht, daß der großsprecherische Gegner entsprechend seiner Worte Schritte unternahm. Man vergleiche das Ergebnis des Kampfes, für das man jetzt seitens des Verbandes in überschwenglichen Tönen verschämt Etimmung macht, mit dem, was die Industriellen ohne Kampf zu bewilligen bereit waren.“

So gelesen stimmt unsere Wiebergabe der Stimmungsmache nicht wörtlich, aber tatsächlich. Zum Schluß behauptet der Vormärts, daß durch den Streik eine „wichtige und für alle Arbeiter der Metallindustrie folgenschwere Wendung herbeigeführt worden sei.“ Diese bestreite darin, daß statt „des absolutistischen Systems dem Fabrikantokratismus Eingang“ verschafft worden sei. Wir sind keine Schwarzseher, aber wir teilen diesen Optimismus nicht. Was die Unternehmer in Zukunft zu tun gebenken, erhellt aus der auffälligen Förderung der selben, wie sie nach Beendigung des Kampfes betrieben wird. Es wissen auch die sozialdemokratischen Stimmungsmacher. Wenn sie trotzdem jetzt anders schreiben, dann aus dem Grunde, weil es die gegenwärtige oppositionelle Stimmung im Formertlager und die Mitgliederflucht zu dämpfen gilt.

Die deutsche Arbeitgeberzeitung vom 10. Dezember befreißt sich, wie das auch schon bei anderer Gelegenheit festgestellt werden konnte, dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in Punkt der Wichtigung der Opposition zu Hilfe zu kommen. Sie schreibt: Die Arbeitgeber haben, um den Frieden herbeizuführen — bei den letzten Verhandlungen nicht unerhebliche Zugeständnisse, die weit (1) über die früheren hinausgingen, gemacht.“ Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ will nicht verstehen, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ als Kronzeugen aufzuführen. Aber auch eine sehr bittere Bemerkung für den Metallarbeiterverband macht die Arbeitgeberzeitung: „Es ist zweifellos mit Fremden zu begründen, daß nach einer so verhältnismäßig kurzen Zeit die Aussperrung den beabsichtigten Erfolg hatte, nämlich die Arbeiterorganisation (den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. D. G.) gefügiger zu machen.“

Also einer „gefügigen Arbeiterorganisation“ sollen „nicht unerhebliche Zugeständnisse“ gemacht worden sein! Man muß diesen Widerspruch auf sich wirken lassen, um die Absicht der Arbeitgeberzeitung verstehen zu können.

Die Raubjammerversammlung unter den Berliner Metallarbeiterverbandsmitgliedern ist ob dieser „genialen“ Formertbewegung tiefengroß. Man hat erkannt, daß ein großer Widerspruch zwischen Schein und Sein, zwischen Worten und Taten beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband vorhanden ist. Unsere Kollegen mögen bestrebt sein, die Mitglieder der fast sich unfähigen Organisation, die ihr jetzt ernüchert und enttäuscht den Rücken kehren, für unseren Verband zu gewinnen. Der sich breitmachende Glaube, als ob der Anschluss an den wissenschaftlichen Metallarbeiterverband helfen könne, muß zerstört werden. Nicht in der Verfassung des Metallarbeiterverbandes als Zentralverband liegt seine Schwäche gegenüber dem Kapital, wie diesentschal betont, sondern sie liegt darin, daß er auf Geheiß und Verberb mit der Sozialdemokratie verbunden ist und in diesem Sinne seine gewerkschaftlichen Aufgaben zu lösen versucht. Bei den Diesentschalern liegen die Verhältnisse nun kein Jota anders. Erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit ist nur auf den Boden der realen Gegenwartsordnung Rechnung tragenden christlichen Gewerkschaftsbewegung möglich. Darum auf zur Arbeit für unsern christlichen Metallarbeiterverband! Denkende Metallarbeiter fallen auf die sozialdemokratische Stimmungsmacherei nicht herein.

Aus der Arbeiterbewegung.

Gedenkt zu Weihnachten der ausgesperrten Tabakarbeiter!

Beim Wochen lang sind nunmehr die westfälischen und norddeutschen Tabakarbeiter von einem rücksichtslosen Unternehmertum ausgesperrt. Es handelte sich bekanntlich um sehr geringfügige Differenzen. Die Arbeiter hatten ihre Forderungen auf die denkbar weiteste Weise erniedrigt. Allein die Fabrikanten wollten einen Kampf gegen die Organisation der Arbeiter, wie sie sich selbst in ihrem offiziellen Organ ausbrüchten. Der größere Teil der Fabrikanten befindet sich heute in einer Lage, daß sie nachgeben wollen. Aber der Vorstand und die Firmen, die den Anlaß zur Aussperrung gegeben haben, setzen sich darüber weg. Der Vorstand hat zu Beginn der Aussperrung, wie verlautet, auf ein Vierteljahr Vollmacht erhalten und hat daher bis heute keine Generalversammlung einberufen. Es sind nunmehr Verhandlungen eingeleitet, ob sie aber ein für die Arbeiter annehmbares Ergebnis haben werden, steht noch dahin.

Unter den 14 000 Aussperrten befinden sich bekanntlich 2000 christlich organisierte Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen. Sie wurden auf die Strafe gesetzt, ohne daß der christliche Verband an den ausgebrochenen Differenzen besonders beteiligt war. Mögen unsere Mitglieder in diesen Tagen wo das harte Los der Tabakarbeiter be-

sonders lebendig an unser Inneres pocht, gerne ein Scherlein zu ihrer Unterstützung beitragen. Die Ortsverbände möchten wir bitten, erneut die herausgegebenen Sammelkarten in Umlauf zu setzen. Doppelt gibt, wer bald gibt! Hoch die Solidarität der christlichen Arbeiterschaft!

Aus den Buchdrucker-Organisationen.

Der Widerstand der christlichen Arbeiterbewegung gegen die Alleinherrschaft des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes in den Tarifkämpfen und die geschäftliche und wirtschaftliche Kampfmethode des „Korrespondent“ hat jene Kreise aufeinander in große Begeisterung gebracht. Der „Korrespondent“ (Nr. 140, 1911) erneuert einen alten Eid und versucht die Prinzipale gegen den Gutenbergsbund scharf zu machen, indem er letzteren als abhängig und nicht neutral verächtlich, was den Voraussetzungen des Haftungsvertrages und den Grundsätzen der Tarifgemeinschaft widerspreche. Die Prinzipalorganisation müsse deshalb dem Gutenbergsbund ein Entweber - Oberstellen.

Das mag das Organ eines Verbandes, dessen Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Partei vor aller Welt offen liegt, dessen Neutralitätsbetreibungen nachweisbar nur eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung sind. Infolge seiner Zugehörigkeit zur Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften muß sich der angeblich „unabhängige“ Buchdruckerverband von der genannten Einrichtung, von den „freien“ Gewerkschaftskongressen, sogar von den sozialdemokratischen Parteitagungen und internationalen Sozialistenkongressen in seine Angelegenheiten hineinregieren und Vorschriften machen lassen. Die Abhängigkeit des Buchdruckerverbandes hat sich drastisch gezeigt beim Scherhaken in vergangenen Sommer, wo die Zurückweisung der tarifrunderen Kritik sozialdemokratischer Parteiblätter vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei unterdrückt wurde, lediglich aus Gründen des Parteinteresses, wie das „Korrespondenzblatt“ nachher selbst eingestehen mußte.

Und eine Organisation, die so an Händen und Füßen gebunden, die ihre Selbständigkeit aus Gründen des Parteinteresses preisgeben muß wie der sozialistische Buchdruckerverband, die will den Gutenbergsbund als abhängig demütigen, um ihm noch größere Schwierigkeiten in der Tarifgemeinschaft zu machen. Mit solchen Mitteln wird der Verband seine Alleinherrschaft aber auf keinen Fall zu halten vermögen.

Sozialdemokratie, Schundliteratur und Volksausbeutung.

Die Sozialdemokratie prahlt ständig mit ihrer Erziehungsarbeit an den Massen, rühmt sich besonders, daß sie dem Volke seltene und veredelnde Literatur vermittele, um es aus der geistigen Tiefe emporschleichen. Das ist Theorie, trostlos Wortschwall, die Wirklichkeit beweist das Gegenteil. Zur Zeit wird von sozialdemokratischen Parteiverlagsgeschäften wieder rühmlich für das vom Vorwärtsverlag herausgegebene berühmte Lendenwert von Rosenow: „Wider die Pfaffenheerrschaft“ Propaganda gemacht. In dem als Beilage zu sozialdemokratischen Zeitungen verbreiteten Namezettel wird rühmend hervorgehoben, daß die erste Subskription 40 000 Abonnenten erreicht habe. Da das Werk - 50 Hefte je 20 Bg. - 10 M. kostet, hat der Vorwärtsverlag schon 400 000 M. aus den Taschen des armen Volkes eingekassiert. Und was wurde den Arbeitern dafür geboten? Ein Schand- und Schmutzwort der allerersten Art, die elendeste Schundliteratur. Selbst sozialdemokratische Blätter, denen der letzte Funke von Objektivität und Anstand noch nicht verloren gegangen war, haben nach dem Erscheinen des traurigen Machwerkes den Stab darüber gebrochen und ihre Leser vor dem Kauf gewarnt.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“, Nr. 149 vom 6. Juli 1904 protestierte gegen die Herausgabe eines solchen Werkes in einem sozialdemokratischen Verlag und übte eine vernichtende Kritik daran. Jeder wissenschaftliche Wert sei dem Werk abzusprechen, der Verfasser habe es „mit der ganzen Naivität des historisch Ungebildeten, ohne Kenntnis von der Bedeutung der Kirche im Mittelalter“... „so nebenbei zwischen Agitationsreisen, Reichstagsitzungen und journalistischen Arbeiten“ zusammengeschrieben. „Er hatte keine Idee von der Verantwortung, die er auf sich nahm, keine Ahnung von der aufopferungsvollen, mühsamen Tätigkeit der Gelehrten.“ Und über den sittlichen Wert des Machwerkes fällt das sozialdemokratische Blatt folgendes Verdict:

„Doch ein anderes ist es, was das Buch recht ungenießbar macht: Die Tendenz, die am Bezeichnendsten in den Illustrationen sich geltend macht. Diese ewigen geilen Mönche, diese gleichmäßigen Schmutzsenen werden direkt anwidern und empörend, bei dem nicht geschulten Leser gegen die Kirche, bei dem geschulten gegen den Verfasser.“

Für ein solches Subelwerk hat der Verlag des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei dem darbenenden Volke schon 400 000 M. abgeknöpft; gegenwärtig wird erneute Propaganda dafür gemacht. Diese Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung ist um so schärfer zu verurteilen, als sich die Sozialdemokratie sonst nicht genug entrichten kann über die Belastung des Volkes durch Zölle, indirekte Steuern, und gegenwärtig die Steuerung in den schwärzesten Farben schildert, um die Massen aufzuheben.

Kandidat.

Als „Kandidat“ der christlichen Gewerkschaften gab sich auf dem Jahreskongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes ein Herr Duncan, seines Zeichens dessen erster Vizepräsident. Befragter Herr Duncan hat als Delegierter an der internationalen Konferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Budapest teilgenommen, und hat dort nach der sog. „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 284/11 scharf beobachtet. Als Ergebnis seiner Beobachtungen verzapfte der Herr Vizepräsident nach dem sozialdemokratischen Blatt über die christlichen Gewerkschaften im Deutschen Reich folgenden Unsinns:

„Im Deutschen Reich, wie in anderen Staaten des europäischen Festlandes gibt es sogenannte Arbeiterorganisationen, die sich den Namen christliche Gewerkschaften heiligen. Dem Staat sind sie numerisch schwach. Sie werden, soweit ich zu beurteilen vermag, von dem Klerus großgepöppelt. Die Beiträge sind gering; sie machen ungefähr ein Fünftel dessen aus, was die Mitglieder der freien Gewerkschaften zu bezahlen haben.

Unbefriedenmaßen nimmt diese Gesellschaft (d. h. die christlichen Gewerkschaften) je nach den Weisungen der Geistlichkeit an dem im Interesse der Arbeiterschaft geführten Kämpfen teil, oder hält sich von denselben fern. Das ist schon arg

genug, aber noch schlimmer ist der Umstand, daß sich die Christlichen zu Streikbrechern hergeben, wenn der sie beherrschende Klerus es gebietet, weil er die Ziele der fraglichen Arbeiterbewegung mißbilligt.“

Dieses Machwerk richtig stellen, wäre tatsächlich zuviel der Ehre. Jeder gewerkschaftliche Mensch weiß, daß genau das Gegenteil der Wirklichkeit entspricht. Es sei nur festgenagelt, daß die „Leipziger Volkszeitung“, die Vertreterin des reinen Marxismus, widerstandslos ihrem Beschupplungsbüro des sozialdemokratischen deutschen Gewerkschaftsinspektors dem amerikanischen Delegierten vorgelegen haben.

Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, hielt am 9. Dezember in Berlin ihre diesjährige Generalversammlung ab. Außer dem Jahresbericht befaßte sich die Versammlung mit dem Schmerzenskind der Arbeitgeberverbände: „Streikposten und Arbeitswilligenbeschäftigung“. Nach dem Jahresbericht des Herrn Dr. Längler sind der Hauptstelle zurzeit 101 Verbände, mit 8856 Betrieben, worin eine Million und fünfzigtausend Arbeiter beschäftigt sein sollen, angeschlossen. Syndikus Längler ließ in seiner Rede die Arbeitskämpfe des letzten Jahres keine passieren, natürlich im Sinne der Hauptstelle. Nach der Kölnischen Zeitung Nr. 1366/11 bezeichnete Längler als Ziele der Arbeitgeberverbände: „Der ruhigen Entwicklung jeder Arbeit, sofern sie nur für das Ganze ersprießlich sei, die Wege zu ebnen. Für dieses Ziel arbeite die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände immer fort unter dem alten preussischen Kernspruch: sum cuique, d. h. dem Arbeiter zu gewähren, was dem Arbeiter gebührt, aber auch dem Arbeitgeber nicht vorzuenthalten, worauf er gerechten Anspruch habe.“

Dem könnten wir schon zustimmen. Nach unserer genauen Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse müssen wir aber darauf antworten: „Die Votschaft hör ich wohl, doch ach, mit fehlt der Glaube.“

Zu dieser Schlussfolgerung berechtigen die Forderungen der Hauptstelle hinsichtlich des sogenannten „Arbeitswilligenbeschäftigung“. Der Syndikus Paul Steller, welcher dieses Kapitel behandelte, schlug nämlich vor, dem § 241 des Strafgesetzbuches folgende Fassung zu geben:

„Wer durch gefährliche Drohung einen andern in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft. Einer gefährlichen Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, die Ueberwachung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Arbeitsstätten, Wegen, Straßen, Plätzen, Bahnhöfen, Wasserstraßen, Häfen oder sonstigen Verkehrsanlagen pünktlich zu übernehmen.“

Das sieht ganz und gar nicht aus wie „Jedem das Seine“, sondern das ist ein Ausnahmegesetz, welches das schon bestehende Ausnahmegesetz, § 153 der G.-D., nach bedeutend verschärfen soll. Die Propagierung solcher Anbelungsstücke schlägt in Wirklichkeit dem „Suum cuique“ geradezu ins Gesicht.

Eine beachtenswerte Entscheidung. Ein Metallarbeiter wurde krank und ging entgegen der Aufforderung der Betriebskrankenkasse nicht ins Krankenhaus. Die Landesversicherungsanstalt Westfalen ersetzte dem Arbeiter das Krankengeld. Die Landesversicherungsanstalt verklagte alsdann die Betriebskrankenkasse beim Bezirksauschuß in Arnberg, auf Rückzahlung der Summe. Die Krankenkasse verteidigte die Forderung und machte geltend, daß sie nicht zur Zahlung verpflichtet, weil der betreffende Arbeiter sich nicht ins Krankenhaus begeben habe. Es wurde nachgewiesen, daß der Arbeiter an Lungentuberkulose gelitten und in ärztlicher Behandlung gewesen war. Die Kasse wurde daraufhin vom Bezirksauschuß zur Zahlung verurteilt. Die Entscheidung sagt mithin, daß ein Krankentagelohn im Erkrankungsfall nicht unter allen Umständen ins Krankenhaus muß.

Aus der Metallindustrie. Die Düsseldorfener Eisenhüttengesellschaft erzielte nach 56 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 336 000 M. Davon erhalten die Aktionäre 120 000 M. - 8% Dividende, die Rücklage 12 000 M., Aufsichtsrat, Vorstand u. 43 000 M. und vorgetragen werden 160 000 M. - Das Stahlwerk Brünninghaus in Werbohl hat nach 121 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 247 000 M. auf folgender Verwendung: Dividende 160 000 M. = 8%, Rücklage ca. 10 000 M., Gewinnanteile 17 000 M., Aufsichtsrat 7000 M. und Vortrag 53 000 M. - Die Waggonfabrik Busch in Bausen verzeichnet nach Abschreibung des vorjährigen Vortrages von 68 000 M. einen Rohgewinn von 851 000 M. Hieron sollen 207 000 M. zu Abschreibungen verwandt, 80 000 M. der außerordentlichen Rücklage überwiesen und 6000 M. der Lohnsteuer-Rückstellung zugeführt werden. Auf die Vorzugsaktien soll eine Dividende von 16% und auf die Stammaktien eine solche von 11% ausgeschüttet werden. Nach Absetzung der Gewinnanteile und Befragungen verbleibt alsdann ein Vortrag von 93 000 M. - Der Abschluß der Hauptversammlung der Waggonfabrik ergab nach 173 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 220 000 M. zur folgenden Verwendung Gewinnanteile 23 500 M., 7% Dividende = 140 000 M. und Vortrag 56 000 M. - Bei der Waggonfabrik P. Perbrand in Köln-Ehrenfeld beläuft sich der Rohgewinn nach Abzug aller Geschäftskosten auf 467 000 M., die Abschreibungen sind mit 117 000 M. vorgesehen, jodas als Reingewinn 350 000 M. zur Verfügung stehen, deren Verwendung in nachstehender Weise empfohlen wird: 7% Dividende = 210 000 M., Gewinnanteile an den Aufsichtsrat 14 000 M., zur Zirkulation-Rechnung 13 000 M., zum Beamten-Unterstützungsbestand 10 000 M., Arbeiter-Unterstützungsbestand 10 000 M., Vortrag auf neue Rechnung 92 000 M. - Die Waggonfabrik Herdringen erzielte nach Abschreibung von 121 000 M. einen Reingewinn von 153 000 M. auf folgender Verwendung: Dividende 4% = 100 000 M., Unterstützungsbestand 5000 M., Bekohnungen 12 500 M., Vorstand und Aufsichtsrat 11 000 M. und Vortrag 25 000 M.

Zum Koalitionsrecht der Angestellten hat der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller achtet das Koalitionsrecht der Angestellten um so mehr, als er es auch für seine Mitglieder in Anspruch nimmt. Die Industrien haben lange Jahre mit den Mitarbeitern der Beamtenverbände in einem durchaus guten, auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Einvernehmen gestanden. Dies gute Verhältnis besteht zum größten Teil noch heute. Erst durch die Einführung gewerkschaftlicher Grundsätze in die Angestelltenverbände wurde es gestört. (!) Ermalig kam dies in den Sitzungen des Bundes der technisch-industriellen Beamten zum Ausdruck, der 1904 aus-

drücklich als Gewerkschaft gegründet wurde. Nach seinen eigenen Erklärungen betrachtet er als hervorhebendes Merkmal einer solchen Beamtenengewerkschaft eine durch starken Willen zum Ausdruck kommende Front- und Kampfstellung gegen den Arbeitgeber mit gewerkschaftlichen Mitteln auf allen Gebieten und mit allen Mitteln. Dieser Kampfcharakter wurde neuerdings durch Sperrung von industriellen Betrieben durch Streiks und andere der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung entlehnte Kampfmittel in die Tat umgesetzt. Das mußte eine schwere Erschütterung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Angestellten zur Folge haben. Die Arbeitgeber hoffen, daß sich der gesunde Sinn der Angestellten gegenüber diesen gewerkschaftlichen Mitteln ablehnend verhalten wird. Besondere Elemente werden auch vor den gleichmaderischen (?) Bestrebungen der Angestellten-Gewerkschaften zurückschrecken, die zu einer Proletarisierung der Beamten führen müssen.

Entschieden Protest aber müssen die Arbeitgeber erheben gegenüber dem Vorhaben gewisser Kreise, den gewerkschaftlichen Bestrebungen der organisierten Beamten durch Eingreifen in den freien Arbeitsvertrag zu Hilfe zu kommen. Gegenüber der Absicht einiger städtischer Verwaltungen, dieser Forderung nachzukommen, verdient es lebhaftes Anerkennung, daß der Oberbürgermeister von Düsseldorf das an ihm vom Bund der technisch-industriellen Beamten gerichtete Ansinnen einzelner Parteimitglieder mit folgender Begründung zurückwies: „So sehr ich im Interesse des sozialen Friedens die Erregung bebaue, die neuerdings in den Ihnen nahestehenden Kreisen Platz gegriffen hat, sehe ich mich aus grundsätzlichen Erwägungen zu meinem Bedauern doch nicht in der Lage, Ihrem Wunsch näherzutreten, da die Stadtverwaltung mit nicht berufen erscheint, in das Vertragsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen. Dieser Standpunkt ist auch bisher festgehalten worden.“ Ein solches Eingreifen in den freien Arbeitsvertrag müssen auch die Arbeitgeber energisch zurückweisen.“

Die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 1366/11) begrüßte diese Erklärung mit „ganz besonderer Genugtuung“ und meint, daß der Arbeitgeberverband mit dieser Entschliekung die dem Allgemeinwohl kommende mittlere Linie betreten habe. Dieser Auslegung können wir nicht folgen. Denn wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, dann ist aus der Erklärung des Arbeitgeberbundes nichts anderes herauszulesen als: „Ihr dürft euch organisieren, aber wenn ihr Gebrauch von der Organisation macht, dann steigt ihr aufs Pfahler.“ Oder will der Arbeitgeberverein der Öffentlichkeit suggerieren, die gewerblichen und Unterstützungsvereine u. der Angestellten seien wirklich wirtschaftliche Organisationen in dem Sinne, wie etwa er selbst? Die Angestellten geben sich darüber auch keiner Täuschung hin, wie dieses aus der Zuschrift eines Angestellten an die „R. Z.“ (1375) hervorgeht. Es heißt darin: „Auch die Angestellten werden über die Erklärung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller bezüglich des Koalitionsrechts, das zu halten jener Verband verspricht, recht erfreut sein. Mich persönlich macht aber das Wort Koalitionsrecht“ in dem Munde jenes Verbandes stugig, ienes Verbandes, der doch sehr gut weiß, daß es ein Koalitionsrecht“ gar nicht gibt. Es gibt eine Koalitionsfreiheit“, die strafflos vernichtet werden kann, wie die Vorgänge bei der Entschleunigungshütte und neuerlich in Barmen zeigen. Ich fürchte, daß mit jenen Worten des Verbandes den Angestellten und dem Publikum Sand in die Augen gestreut werden soll. Ferner wünscht der Verband, daß der „freie“ Arbeitsvertrag aufrechterhalten wird. Dieser Wunsch hat in meinem Bekanntheitskreis fürnische Heiterkeit ausgelöst. Ein „freier“ Arbeitsvertrag ist nämlich niemandem von uns bekannt. Ich kenne keinen Ingenieur, dem nicht bei seiner Anstellung ein gedruckter Anstellungsvertrag vorgelegt worden ist. Wie groß war selbst bei Leuten, die sich um Organisation überhaupt nicht kümmern, die Empörung, als vor zwei Wochen die Nachricht durch die Presse ging, daß die Berliner Metallindustriellen wohl mit den Arbeiterorganisationen verhandeln, sich aber weigern, mit den Angestelltenorganisationen in Verbindung zu treten. Wer züchtet da das Solidaritätsgefühl?“

Reichstagsabgeordneter Sachse. Dieser sozialdemokratische „Arbeitervertreter“ forderte am 15. März 1911 im Deutschen Reichstag, daß die Knappschaftskassen in geheimer Wahl gewählt werden sollten. Sachse erlaubte sich in seiner Rede die Behauptung, in der Reichsversicherungskommission sei das geheime Wahlrecht der Knappschaftskassen abgelehnt worden. Sachse fiel mit seiner Fiktion, den Tatsachen direkt widersprechenden Behauptung elend herein. Der Abgeordnete Werner-Herzfeld, Vertreter eines rein landlichen Wahlkreises, bedeutete dem sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ Sachse, daß schon im Sommer 1910 durch einen Antrag unseres Kollegen Behrens in der Reichsversicherungsordnung das geheime Wahlrecht der Knappschaftskassen festgelegt worden sei. Abgeordneter Werner kennzeichnete das Verhalten dieses sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ sehr zutreffend, indem er sagte:

„Man sollte doch annehmen, daß sich Herr Abgeordneter Sachse als „Führer“ der sozialdemokratischen Bergarbeiterbewegung darüber im klaren wäre, was in der Kommission beschlossen worden ist. Hier haben wir aber wieder mal einen Beweis dafür, daß die Herren Sozialdemokraten immer mit großen Reden die Dinge vorbringen, die, wie im vorliegenden Falle, längst ihre Erledigung gefunden haben.“

Auf diesen Nansenhüter und um sich von der Nansenblamage zu reinigen, gab „Arbeitervertreter“ Sachse folgende Rechtfertigung zum besten:

„Dann hat Herr Werner mit einem Fehler vorgehalten, den ich allerdings in der zweiten Lesung inbezug auf die Regelung des Wahlrechtes bei den Knappschaftskassen bei der Reichsversicherungsordnung begangen habe. Ich gab zu, ich war falsch unterrichtet; ich habe da nicht das richtige getroffen. Das kann aber jedem passieren, daß er mal falsch berichtet wird.“

Angeichts des kühnen Nitters eine geradezu fliegende Ausrufe. Gestern noch auf stolzen Rossen, heute — — — Die Blamage eines „Führers“ verschlägt natürlich nichts bei der Genossenschaft. Ihr ist eingebildet: Alle sozialdemokratischen Abgeordneten sind wahre Ausbünde von Weisheit und Verstand; alle anderen aber dumme Kerle und Arbeiterverräter.

Zum Kapitel „Sachlichkeit und Schmutzkongress“ unter Sozialdemokraten liefert der „Bucherauer-Korrespondent“ (Nr. 141 vom 7. Dezember 1911) einen nach der Natur geeigneten Beitrag. Das Blatt befaßt sich dr

mit den Hauptvertretern der Opposition gegen den neuen Maschinenfertigkeitstaxi und stellte diese als Menschen hin, wie man sie sich nicht kümmerlicher denken kann. Doch lassen wir das Blatt selber reden:

„Ueber die Sachlichkeit in den Maschinenfabrikanten-Versammlungen haben wir gar keine guten Erfahrungen machen müssen. In einer und zwar nicht der letzten, sollte die vielstündige Diskussion äußerst sachlich verlaufen sein. Als wir dann einen gebundenen, nicht für die Öffentlichkeit bestimmten ausführlichen Bericht darüber privatim erhielten, schlugen wir lang hin, und heute haben wir uns noch nicht von dem Schrecken der Sachlichkeit erholt. Von andern Versammlungsberichten mußten wir erfahren, daß sie so teurebenzids gefärbt waren, daß einzelne Redner sich darüber bei der Redaktion beschwerten und zum Ausdruck brachten, es wäre ein ganz schiefes Bild gegeben worden. Die betreffenden Berichterstatter haben eben ihren Standpunkt — gelinde gesagt — verwechselt mit der Stimmung der Versammlungsmehrheit...“

Und wer waren diese „objektiven“ Kollegen, die ein falsches Bild von verschiedenen Versammlungen gaben oder in diesen das größte Wort führten? In dem einen Falle jemand, der zu dem einen Systeme mit einer Buchstabenleistung von 7000, zu einem anderen von 8000 bei den Preispapieren an dem betreffenden Orte haufierten gegangen ist. In einer anderen Versammlung gebärdete sich gerade der Kollege am lautesten und tat am meisten entwirrt über die Leistungserhöhung, der einen Lohn hat, der einer Buchstabenleistung von 10000 gleichkommt. Dabei handelt es sich nicht etwa um einen Ort mit großstädtlichen Verhältnissen, wo ja für besondere Anforderungen häufig ein Erleichtertes mehr bezahlt wird, sondern um eine Stadt mit nur 5 Prozent Lohnzuschlag. Der Betreffende erhält seinen höheren Lohn doch gemäß nicht um seiner schönen Augen willen. Wenn ein anderer, der nur als „erstklassiger Maschinenfabrikant“ Kondition sucht, von den Rufem im Streite gegen den neuen Maschinenfertigkeitstaxi es fertig bringen konnte, in einem anderen Druckorte mehrere Tage lang einem Prinzipal aus der Verlegenheit zu helfen, indem er nach absolviertem Abendtag an seinem Wohnsitz in dem anderen Orte nochmals eine nicht zu knappe Schicht verfuhr, so steht das mit seinen großen Worten in einem schreulichen Gegensatz. Wieder ein anderer domerte in der Versammlung, daß einem fast Hören und Sehen verging. In praxi geht dieser gute Mann über einer Nebenbeschäftigung als Musiker nach, schmälert also den nicht auf Kosten gebetteten Berufsmittler das Brot und profaniert das Streben nach kürzerer Arbeitszeit sowie die Klagen seiner Spezialkollegen über das Anstrengende ihrer Tätigkeit. Die Ueberstundenjäger stellen auch ein starkes Kontingent zu der lärmenden Opposition. Dies ist aber ein so großes Sündenregister, daß wir damit lieber gar nicht anfangen.“

Das ist eine wenig erbauliche Zeichnung. Trotzdem hat u. G. der „Korrespondent“ Unrecht mit seinen Vorwürfen. Nichtiger wendete er sich gegen die ganze sozialdemokratische Art der Berichterstattung, vom Vorwärts bis zu seiner eigenen Brust und gelobte Besserung. Um es rund heraus zu sagen, die ganze sogenannte sozialdemokratische Aufklärungsarbeit ist nichts anderes wie eine Kette von maßlosen Ueberreibungen. Alles nichtsozialdemokratische ist nach der woken Berichterstattung einfach „Schwindel“, „fauler Hauber“ etc., während alles sozialdemokratische „eitel Wonne“ und „Wahrhaftigkeit“ ist. Sogar färbt nicht nur ab, sondern es rächt sich bitter, wie Figuren zeigt. Mit Kraftworten und Phrasen erzieht man eben keine Gewerkschaftler, sondern zu positiver Arbeit unfähige Phantasten für Volkensudschheim.

„Ein infamer Streich“, so meldet die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 285 vom 9. Dezember 11) ist in Stuttgart passiert. Dort soll nämlich der Gemeinderat neugewählt werden. In der sozialdemokratischen Parteiversammlung wurden neun Genossen als Kandidaten aufgestellt. Diverse Kandidate, welche die Spitze des Stimmzettels zierten wurden mit zwei Stimmen ausgestattet. (Verhältnismäßig mit Kumulation der Stimmen). Doch jetzt setzte die vielgerühmte sozialdemokratische „Disziplin“ ein. Die Revisionisten gaben einen neuen Stimmzettel heraus, der in vielen Tausenden Exemplaren in Stuttgart verbreitet wurde und den Parteistimmzettel, was äußere Aufmachung anbetrifft — Form und Trud — täuschend ähnlich sah. Die radikalen Kandidaten waren auf diesem Zettel an die letzte Stelle gerückt und die Revisionisten an die Spitze getreten. Der radikalen hat sich nun eine begreifliche Wut bemächtigt und sie suchten den Streich der Revisionisten zu parieren mit Plakaten, Flugblättern und Inseraten. Das Inserat in der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ hat folgenden Wortlaut:

„An die Parteigenossen! In letzter Stunde ist an gewerkschaftliche Vertrauensleute ein mittels Altsicher nachgedruckter gefälschter Stimmzettel in tausenden von Exemplaren versandt worden. Wir fordern die Parteimitglieder auf, die gefälschten Stimmzettel unter allen Umständen zurückzuweisen, und den offiziellen, ungetrübten Zettel unverändert abzugeben. Wer uns den Urheber dieser Wahlbetrugsveranmaßung macht, daß er gerichtlich belangt werden kann, erhält eine Belohnung von 100 Mark. Die Parteileitung.“

Doch es half nichts. Die offiziellen Kandidaten sind infolge des Wahlbetruges“ hereingefallen und die Revisionisten gewählt. Die Leipziger Volkszeitung schreibt dazu (Nr. 287/11): „Der standhafte Disziplinbruch ist so ziemlich das Schlimmste, was jemals von Parteigenossen gegen die eigene Partei verübt worden ist. Angesichts der Tatsache, daß die Adressen der Vertrauensmänner der Gewerkschaften benutzt worden sind, verjagt die Ausrube, daß Gegner die Fälschung ins Werk gesetzt haben. Hier sind Parteigenossen im Spiel, das ist klar. Ob man diese braven Genossen fassen wird, steht allerdings dahin — die ganze Art ihres Vorgehens zeigt, daß sie vorziehen, im Dunkeln zu bleiben. Ihre Sache ist es anscheinend nicht, mit ihrer Person für ihre Handlungen einzustehen.“

Jedenfalls muß die Spur, die durch die Benutzung der Adressen gewerkschaftlicher Vertrauensleute gegeben ist, energig verfolgt werden. Und wer bei der Verfolgung dieser Spur anbedeckt wird, dem muß unzweideutig klar gemacht werden, daß die Sozialdemokratie die Disziplin nicht ungestraft antasten läßt, daß die Aufassung der Einheit der Aktion nur mit dem Ausschluß aus der Partei beantwortet werden kann.“

Ob der Reichstagskandidat der Sozialdemokraten in Pfortenkreife Dortmund, Genosse Dr. phil. August Erdmann, resp. der bekannte Sozialdemokrat der Metallarbeiterzeitung jeht immer noch die Lügen haben, zu behaupten: „Das sind nur Meinungsverschiedenheiten, ich kenne keine Revisionisten und Radikalen, sondern nur Sozialdemokraten“?

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Dortmund-Innen. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Innen ist die Sperre verhängt.

W.-Glabbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnlokal- und Eisenbahnwerkzeugfabrik, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Bezug ist streng fernzuhalten.

Weyden. Die Weyden'sche Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Zwillingen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Sollingen-Saan. Bei der Firma Hofelz & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Bezug von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohrern ist fernzuhalten.

Gevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schürhoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Verteilung von Maschinen und Durchführung einer Lohnerrhöhung im Streik.

Vangerwehe-Schönthal. Bei der Firma Karl Schleicher & Söhne, Radelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Radlern ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Die Elektriker stehen im Streik. Bezug streng fernzuhalten.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Schrörs stehen im Streik. Bezug ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des ausschließlichen Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureichende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Höfenstraße 12 zu melden.

Damm i. Westf. Bei der Firma Kerkmann stehen die Schlichter in einer Bewegung. Bezug ist streng fernzuhalten.

Bezug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 24. Dezember 1911 der zweiundfünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Dezember 1911 fällig.

Die Ortsgruppe Bremen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokaltages von 20 Pfg. pro Woche und die Ortsgruppe Wallau die Genehmigung zur Erhebung eines solchen von 10 Pfg. pro Woche ab 1. Januar 1912. Die Nichtzahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Zur besonderen Beachtung für alle Mitlieder.

Für das Jahr 1912 werden Beitragsmarken in roter Farbe ausgegeben. Es dürfen also für das neue Jahr nur diese roten Marken geklebt werden. Sämtliche alten Marken werden am Jahreschluß eingezogen. Die Kollegen mögen deshalb ihre Beiträge im Dezember rechtzeitig zahlen, damit sie nicht für etwaige Rückstände dann die neuen Marken kleben müssen und sich dadurch selbst als säumige Zahler — auch bei Unterstützungsaufträgen — einstellen. Die Vorstände der Verwaltungsstellen sind angewiesen, auf solche säumigen Zahler keinesfalls zu warten, sondern die Quartalsabrechnung schon in den ersten Tagen des Januar möglichst fertig zu stellen.

Das ist notwendig, damit auch an der Hauptgeschäftsstelle die Abrechnung für das ganze Jahr 1911 frühzeitig fertiggestellt werden kann. Im nächsten Jahre findet unsere Verbandsgeneralsversammlung statt und zu dieser sind die umfangreichen Vorarbeiten für den Geschäftsbericht ebenfalls zu erledigen. Soll diese ganze Arbeit aber nicht unnütz erschwert und zu weit hinausgezogen werden, dann müssen alle Mitlieder ihre Beitragspflichten pünktlich erfüllen und dadurch den Vertrauensmännern und Vorständen die weitere Abrechnungsarbeit ermöglichen.

Von der Mehrzahl der Verwaltungsstellen fehlen noch die Quittungskarten über die zugesandten neuen Beitragsmarken. Es wird ersucht, diese in den nächsten Tagen ausgefüllt und mit Unterschrift versehen, an die Hauptgeschäftsstelle zurück zu senden.

Adressen:

Wülfrim-Rhein. Unser hiesiges Verbandssekretariat Kalkerstraße 47a, 1. Etage, ist dem Fernsprechnetz angeschlossen. Amt Wülfrim-Rhein Nr. 905.

Aus dem Verbandsgebiet.

Vom Schwarzwald. Am Samstag den 2. und Sonntag den 3. Dezember fanden in Furtwangen, Gütenbach, Böhrenbach, Bellingen, St. Georgen, Erberg, Schramberg und Lauterbach öffentliche Arbeiterversammlungen statt. Diese waren einberufen gemeinsam von den Bezirksleitungen des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautete: Bericht über die statistischen Erhebungen und welche Stellung nehmen wir hierzu ein. Referenten waren die Kollegen Gengler-Stuttgart, Kuhn-Furtwangen, Schmitz-Freiburg und Sigmüller-Bellingen. Nach den uns vorliegenden Berichten erstreuten sich die Versammlungen größtenteils eines guten Besudes.

Seit Jahr und Tag, so führten die Redner u. a. etwa aus, gehen den Organisationen aus den Reihen der Schwarzwälder Arbeiterschaft Klagen zu über unzureichende Arbeits- und Lohnverhältnisse. Um ein genaueres Bild der Gesamtlage der Arbeiter zu bekommen, haben sich der christliche Metallar-

beiterverband und der Zentralverband christlicher Holzarbeiter veranlaßt gesehen, gemeinsam statistische Erhebungen auf dem Schwarzwald zu veranstalten. Diese Erhebungen erstreckten sich auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Alter der Arbeiter, Größe der Familien, Heimarbeit, Mietverhältnisse und Preise, sowie auch die Lebensmittelpreise. Das Ergebnis der Umfragen zeigte von einem bedauerlichen Tiefstand der wirtschaftlichen Lage der Schwarzwälder Arbeiterschaft. Das Durchschnittsalter der von den Erhebungen erfaßten Arbeiter betrug 38,2 Jahre. Der Durchschnitt im Tagelohn 3,02 M., im Akkord 4,00 M. In Anbetracht des hohen Durchschnittsalters und der Tatsache, daß nur vollwertige gelernte Arbeiter hierbei in Betracht kommen, kann man einen solchen Stand als einen sehr niedrigen bezeichnen. Im schlechtesten sind wohl die Verhältnisse in Gütenbach. Bei einem Durchschnittsalter von 37,4 Jahre betrug hier der durchschnittliche Tagelohn 2,57 M., der Akkordlohn 3,07 M. Der Stand der Löhne der weiblichen Arbeiter beträgt im Durchschnitt die Hälfte des Verdienstes der männlichen Kollegen. Es gibt aber auch hier noch Stundentöhne von 6-10 Pfg.

Was die Mietspreise betrifft, so ist der Gesamtdurchschnittspreis für ein Zimmer 6,06 M. Hier steht Schramberg mit einem Durchschnittszimmerpreis von 7,50 M. an erster Stelle. Auf der gleichen Linie bewegen sich auch die Mietspreise in Bellingen. Was aber die Arbeiter auf dem Schwarzwald in Bezug auf die Mietspreise etwa dem Arbeiter der Großstadt voraus haben, wird zum großen Teil durch die auf dem Schwarzwald sehr teuren Lebensmittelpreise, die in ihren wichtigsten Teilen die Preise der Großstadt vielfach um ein bedeutendes übertreffen, wieder rückgängig gemacht. Die Berichte der Handwerkskammern und die der Arbeitgeber reden nun allgemein von den „steigenden Arbeitslöhnen“. Eine größere Uhrenfabrik berichtet u. a.:

„Der allgemeinen Lebensmittelerhöhung folgte naturgemäß auch eine Steigerung der Löhne, die bei den ungelerten Arbeitern (Tagelöhnern) besonders in die Erscheinung trat, und sich auch auf die Wintermonate erstreckte, obwohl zur Winterzeit bei dieser Kategorie von Arbeitern ein größeres Angebot vorhanden ist.“

Demgegenüber ist festzustellen, daß von vereinzelten Fällen abgesehen, das Gros der Arbeiterschaft von „fortgesetzten steigenden Arbeitslöhnen“, wie es noch in einem anderen Bericht heißt, nichts gespürt hat. In der Gesamtlage ist ein Stillstand der Einkommensverhältnisse zu verzeichnen; an manchen Orten gar noch ein Rückschritt, sei es durch direkte Lohnabzüge, oder auch durch schwerer zu verarbeitendes Material. Sogar in der Zeit der größten Hochkonjunktur fanden Lohnabzüge statt; ein Zeichen dafür, wie manche Arbeitgeber ihre Arbeiter einschätzen. Die Arbeitgeber klagen besonders über die Schmutzkonkurrenz im eigenen Lager. Das Mittel, diese zu beseitigen oder einzudämmen, haben sie selbst in der Hand. Auch die Arbeiterschaft mit ihren Organisationen ist gewillt, hierin mitzuwirken.

Ein Uebel ist vielfach noch der Umstand, daß der Arbeiter infolge der unzureichenden Löhne gezwungen ist, nach Feterabend Heimarbeit zu verrichten. Wie ein Notruf klingt es, wenn eine Frau auf die Frage: „Sind Sie für Abschaffung der Heimarbeit?“ folgende Antwort gibt: „Ja, wenn der Mann ausreichen verdienen könnte.“ Ein anderer schreibt: „Ja, wenn einmal mehr in der Fabrik verdient wird.“ Solche Äußerungen sind recht drastisch und sie charakterisieren mit Rücksicht die Gesamtlage der Arbeiter. (Auf Einzelheiten werden wir noch in einem besonderen Artikel zurückkommen.)

In diesen Verhältnissen Abhilfe zu schaffen, tut dringend not. Soll dies aber geschehen, dann muß vor allem auch die Arbeiterschaft selbst mehr Initiative und Tatkraft entfalten. Die Arbeiter müssen sich klar darüber sein, daß ihnen die gebratenen Tauben nicht in den Mund fliegen. Selbsthilfe tut Not. Darum müssen sich die Schwarzwälder Arbeiter aufpassen, ihrer Lage und ihres Wertes sich nicht mehr bewußt werden, sich zusammenschließen, um in gemeinsamer Arbeit eine Besserung der traurigen Verhältnisse herbeizuführen. Dazu bieten die christlichen Gewerkschaften ihre Hand. Die Tatsachen zeigen, daß es durch die Kraft der Organisation möglich ist, eine materielle und ideale Hebung der Lage der Arbeiterstandes herbeizuführen. Wenn die Arbeiter auf dem Schwarzwald, insbesondere die Uhrenarbeiter auf die Dauer hinter ihren Arbeitskollegen anderswärts nicht zurück bleiben wollen, so müssen sie den Weg zur Organisation finden. In den organisierten Kollegen liegt es nun, diese Agitationsarbeit zu verrichten. Massen sammeln, bilden und schulen, dadurch wird der Weg zu Erfolgen geebnet werden. Der Ruf: Arbeiter organisiert euch, muß wieder mehr auf dem Schwarzwald erschallen und Gehör finden.

Die interessanten und wichtigen Darlegungen der Redner fanden bei der Arbeiterschaft eine gute Aufnahme. In der Diskussion wurde ihren Ausführungen allseitig zugestimmt. In Bezug auf die Arbeitsverhältnisse wurden sie noch verschiedentlich ergänzt. Nachstehende Resolution gelangte in allen Versammlungen zur Annahme:

„Die heutige, vom christlichen Metallarbeiterverband und dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter einberufene öffentliche Arbeiterversammlung nimmt Kenntnis von den veranstalteten statistischen Erhebungen über die Lage der Arbeiterschaft auf dem Schwarzwald. Diese Erhebungen zeigten erneut die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Schwarzwälder Arbeiterschaft. Auf Grund der verteuerten Lebenshaltung hält die Versammlung eine Steigerung der Einkommensverhältnisse dieser Arbeiter für unbedingt notwendig. Zur Erreichung dessen und zur Wahrung ihrer Interessen verpflichten sich die Anwesenden, für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen. Weiter fordert die Versammlung alle Arbeiter auf, sich unverzüglich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.“

Fulda. In einer großen Versammlung am Sonntag den 3. Dezember im Kahl. Gefellenhaus nahm die hiesige christlich-nationale Arbeiterschaft nochmals Stellung zu der Errichtung des gelben Werdbereins, verbunden mit Werklohnverein und der später zu errichtenden Werklohnkasse auf dem hiesigen Gmoillertwerk. Auch eine Anzahl kleinerer Geschäftseure und andere dem Mittelstande angehörige Personen waren anwesend. Referenten waren die Kollegen Gewerkschaftssekretäre Konrad-Mürnberg und Scherer-Offenbach.

Kollege Konrad begrüßte die sog. „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Firma Bellingier für den Fall, wenn sie wirklich nicht nur Schein-Wohlfahrts-Einrichtungen für die Arbeiter wären. Bis jetzt hätten aber alle derartige Einrichtungen ihren Hauptzweck darin gesehen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu unterbinden. In der Metallindustrie seien die Pensionskassen alles andere eher, als Wohlfahrts-Einrichtungen. Es gibt Betriebe, namentlich Hüttenwerke, in denen die Arbeiter 3 bis 3½% ihres verdienten Lohnes an die Pensionskasse als Beitrag abführen müssen. Bei Entlassung

gen, sei es durch Wirtschaftskrisen, oder technische Verbesserungen, die in der Regel eine Anzahl Arbeiterkräfte erfordern, werden die Beiträge nicht erhöht, trotzdem nicht selten vorkommt, daß Arbeiter 700-800, mitunter auch 1000 M. in solche Klassen bezahlt haben. Der Referent erwähnte die bekannten Vorkänge auf der Magdalenstraße, bei der Firma Krupp & Co. Der christliche Metallarbeiterverband hat sich dort verhalten, vor den Gewerkschaften und Landgerichten die gefälligen Beiträge für die ausgeschiedenen Arbeiter auf dem Wege zu retten, jedoch mit Erfolg nur in Trier, vorgebildet in Essen, Stuttgart und Nürnberg. Auch der Artikel vom 9. Oktober 1904 in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ sagt Klipp und klar, daß Wohlfahrtsvereine seitens der Unternehmer nur dann eingeführt werden, wenn es im Interesse derselben liegt und die Möglichkeit vorhanden ist, die Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen durch Abzug des Lohnes usw. Da wo es nicht im Interesse der Arbeitgeber liegt, muß nach dem genannten Artikel die „Wohlfahrt“ unterbleiben. Kein Wunder, wenn sich deshalb manche derartige Einrichtungen als groß angelegte und die aufgetragene Wohlfahrtschwindelei entpuppen.

Kollege Scherer besprach sodann das schon herausgegebene Statut des Werkvereins der Firma F. C. Bellinger und konnte schon bei der Erklärung des § 1 förmliche Beifügung bei den Versammelten auslösen. Derselbe will 1. den abgelaufenen Frieden mit der arbeitgebenden Firma wahren; 2. Festlichkeiten veranstalten und Christbaumbescherungen für die Werkvereinsmitglieder nebst anderen Geschenken. Gewiß ein Programm, das den Mitgliedern des Werkvereins „große“ wirtschaftliche Vorteile sichern wird? Endlich sollen auch billige Lebensmittel für die Werkvereinsmitglieder beschafft werden. Werkstättenschüler werden eingeführt, um „Mißstände“ zu beseitigen und die Löhne auf eine „höhere“ Stufe zu bringen, oder um — ein Ausbruch — und Spionagegeschäft zu zücken? Antwort —! In einem besonderen Paragraphen wird vorgeschrieben, daß über jede Mitgliederversammlung des Werkvereins ein Protokoll, zunächst mit Bleistift, dann mit Tinte — jedenfalls erst nach den erfolgten Korrekturen von Krügerer Seite — in ein Protokollbuch eingetragen und vom Werkvereinsvorsitzenden unterzeichnet wird.

Beide Referate wurden von der gut besuchten Versammlung beifällig aufgenommen. Nach einer kurzen Diskussion fand eine Resolution, dahingehend, daß die Versammelten sich verpflichten, an dem Ausbau der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten und nachdrücklich gegen die Entredung der Arbeiterschaft durch Werkvereine und Werkpensionskassen protestieren, einstimmige Annahme.

Bei Abfassung des Berichtes wird noch bekannt, daß die Arbeiterschaft bei dem diesjährigen Haupttag am 6. d. Mts. wieder bitter enttäuscht worden ist. Einer ganzen Anzahl von Arbeitern wurden horrenden Abzüge für im Herbst gelieferte Kartoffeln und Kraut gemacht, jedoch sehr vielen nur die leere Schindlade übrig geblieben ist, die neben dem Gelde noch gratis geliefert wird. Wir werden dann die Christbaumbescherungen erst auslösen und die anderen Geschenke, wenn man so wenig rückständig gegen die Arbeiterschaft ist? Das war selbst den Werkvereinsleitern zu toll; sie prüften auf den absoluten Frieden und wurden vorstellig bei den Inhabern der Firma. Und sie haben erreicht, daß vor Weihnachten kein Lohnabzug mehr für Kraut und Kartoffeln gemacht werden soll, damit die „gelbe Suppe“ nicht schon gleich zu Anfang verjagt wird. Jedoch soll diese Vergünstigung in Zukunft nur noch Geltung für die Werkvereinsmitglieder haben, die andern Arbeiter werden nicht mehr berücksichtigt. Die andern Arbeiter werden aber jedenfalls auch zukünftig keinen Gebrauch mehr von dem „Wohltun“ der Firma inbezug auf Lieferung von Herbst- und Winterbedürfnissen machen, denn auf solche „Wohlfahrten“ kann die denkende Arbeiterschaft bereitwillig verzichten. Ob bei solchen „Erfolgen“ des gelben Werkvereins dessen Mitglieder nicht die Schamröte ins Gesicht steigt? Ob sie diesen Sumpf, nicht selbst schmerzhaft empfinden? Das es unter solchen Umständen noch Leute gibt, die für den Werkverein agitieren, ist nicht nur bedauerlich, sondern auch unbegreiflich.

Ein gewisser G... t soll sich alle Mühe geben, den „gelben Sumpf“ zu vergrößern. Dazu muß er die christlichen lichen Gewerkschaftsführer hier verdrängen und verdrängen; aber auch dieses Mittel führt nicht zum Ziel. Sonderbar an der Sache ist, daß derselbe Herr G., der bisher von jeder Vereinigung anständiger Menschen noch stets ausgeschlossen werden mußte, jetzt auf einmal ein so angesehener Agitator für den gelben Werkverein geworden ist, ihm auch angeblich als „Sinksanwalt“ und juristischer Beirat gute Dienste geleistet hat, und darum ganz besonders hoch in der Gunst der Firma stehen soll. Man sieht, ein preisgekrönter Arbeitervertreter kann es doch noch zu etwas bringen. Darum, Kollegen von Fulda, unser Ziel muß sein: „Nieder mit dem gelben Sumpf!“

Fulda, zu dem Artikel „Eine Lanze für die Gelben“ in Nr. 49 unseres Organs ist berichtigend nachzutragen, daß der bet. Nachlauf, von dem dort im vierten Absatz die Rede ist, nicht von einem der jetzigen Inhaber der Firma F. C. Bellinger, welche das dort beleuchtete „Rundschreiben“ zur Rechtfertigung ihrer Gelben-Gründung an die Öffentlichkeit richteten, sondern von deren Vorgänger, Herrn Carl Bellinger, unterzeichnet ist. Das ändert natürlich nichts an dem Umstande, daß der Hinweis auf die „Tradition“ der Firma in dem erwähnten Rundschreiben an die Öffentlichkeit vollständig deplaziert war. Auch für die Fuldaer Gelben-Gründung gilt das Wort: „Defigia terreni!“

Hannover, Sonntag, den 10. Dezember war für unsere Sektion ein bedeutungsvoller Tag. fand doch hier in Sarstedt eine Versammlung der Jugendklasse der Verwaltungsstelle Hannover statt. Nachmittags trafen eine große Anzahl junger Kollegen von Hannover, Hildesheim ein. Kurz nach 3 Uhr war der große Saal im Verbandslokal bis auf den letzten Platz besetzt. Um 3 1/2 Uhr eröffnete unser Vorsitzender, Kollege Kerl, mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband die Versammlung. Nachdem Generalsekretär Kollege Kellert-Hannover den Zweck dieser Zusammenkunft erklärt hatte, hielt ein Mitglied der Jugendklasse, Kollege Litz-Hildesheim, einen Vortrag über „die Entwicklung und Geschichte unseres Verbandes.“ In seinen vorzüglichen Ausführungen zeigte der junge Kollege die mannigfachen Kämpfe und Schwierigkeiten, die unser Verband seit der Gründung durchgemacht hat. Die vielen Opfer, die die Gründer gebracht haben, sind nicht unkonst geblieben; dieses sehen wir ja am besten, wenn wir heute die Mitgliederzahl, die Finanzlage und den Einfluß unseres Verbandes betrachten. Reicher Beifall wurde dem Kollegen am Schlusse seiner Ausführungen zu teil. In der sich anschließenden Diskussion versprachen

alle Redner immer treu und fest zu unserem Verband zu stehen und für die Ausbreitung der Jugendklasse zu sorgen. Darauf nahm Kollege Kellert das Wort. In einem interessanten Vortrage zeigte er uns Zweck und Ziele und den Gegensatz zwischen den Bestrebungen der sozialdemokratischen Jugendorganisation und denen der christlichen Gewerkschaften insbesondere der Jugendklasse des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die sozialdemokratische Jugendorganisation sei die Vorklasse der Sozialdemokratie. Sie habe die Aufgabe, die jungen Leute zu weihen, die Sozialdemokraten zu erziehen. Unsere Jugendorganisation soll hingegen dem dienen, die jungen Kollegen zu tüchtigen Fachleuten ihres Berufes und zu opferwilligen und überzeugungstreuen christlichen Gewerkschaftlern zu machen. Mit einem Appell an alle Anwesenden, für die weitere Stärkung der Jugendklasse des christlichen Metallarbeiterverbandes Sorge zu tragen, schloß der Redner seine lehrreichen Ausführungen.

Um die Agitation zur Gewinnung der Jugendlichen für unsere Sache in der Verwaltungsstelle Hannover einseitig zu gestalten, wurden 2 Jugendleiter gewählt; die Kollegen Hiltz-Hildesheim und Zeller-Hildesheim. Nachdem Kollege Kellert dann noch einige praktische Hinweise für die Agitation gegeben hatte, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch an die Jugendklasse des christlichen Metallarbeiterverbandes geschlossen. Im Anschluß an diesen ersten Teil der Tagung blieben die Kollegen dann noch ein Weilchen zu gemüthlicher Unterhaltung und Aussprache beisammen. Diese schon verkaufte Versammlung wird wohl allen Kollegen noch lange in guter Erinnerung bleiben. Sie hat unsern Willen vorwärts zu kommen gestärkt und von den guten Ratschlägen soll nun eifrig Gebrauch gemacht werden. Kollegen, gehen wir jetzt mit neuem Mut an die Werkarbeit, gehen wir daran, unsere Vorgesetzten in die Tat umzusetzen, indem wir eifrig agitieren für unsere Jugendklasse. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!

Dingelstädt Bekanntlich hatten wir im November 1910 mit den Feilen- und Maschinenfabriken, vorm. Gebr. Hfer & Co., durch schriftliche Ermahnungen die Arbeits- und Lohnverhältnisse einer Neuregelung unterzogen, die unsern Kollegen beträchtliche Verbesserungen brachte. Nunmehr versucht die jetzige Verwaltung hier und da wieder Kräfte vorzunehmen. In der Feilenfabrik hat man die Arbeitszeit um 20-30 Prozent gekürzt. Natürlich werden unsere Kollegen ein solches Vorgehen nicht stillschweigend annehmen. Der Arbeiterausschuß ist mit unserm Bezirksleiter Kollegen Buchner-Hannover bereits vorstellig geworden, leider hat die Firma ein Entgegenkommen abgelehnt. Wir werden nunmehr, da die jetzige Leitung anscheinend kein friedliches Nebeneinanderarbeiten will, nicht nur versuchen müssen, die Kräfte wieder rückgängig zu machen, sondern weiter dazu übergehen müssen, eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind aber durch das Vorgehen der Firma gemacht worden, unter allen Umständen ihre Organisation auszubauen. Der letzte unorganisierte Mitarbeiter muß herangeholt werden, damit wir schlagfertig und gerüstet dastehen. Aus dem Verhalten der Firma haben unsere Kollegen aber auch gelernt, daß die Arbeiterschaft Opferwilligkeit bezigen muß; die Vorkasse muß gestärkt werden, damit wir gegenüber allen Eventualitäten gerüstet dastehen. Was die Firma heute bei den Feilenfabriken versucht, kann morgen einer andern Abteilung blühen, darum seid auf der Hut! An der Einigkeit und Geschlossenheit der Dingelstädter Metallarbeitergesellschaft müssen alle Pläne der Unternehmung, die Löhne zu verschlechtern, abprallen. Darum, Kollegen, seid opferbereit, tätig, baut eure Organisation aus, die Zeiten sind erst! Nicht ruhen noch rasten, hoch der Verband! Dann können wir getrost in die Zukunft blicken.

Gieburg, Auf unserer letzten Mitgliederversammlung wurde der Beschluß gefaßt, unsere monatlichen Versammlungen in Zukunft freitags nach dem ersten eines jeden Monats abzuhalten und zwar im Lokale Richard Knothe, Steinstraße 5. Da des weiteren unser Vorsitzender, Kollege Jentich, durch eine längere Auslandsreise verhindert ist, wurde Kollege Robert Ruhmer, Eilenburg, Rollenstr. 19 als dessen Ersatzmann gewählt und ihm die Führung der Geschäfte übertragen. Zureisende Kollegen mögen sich deshalb von jetzt an wegen Erhebung der Reiseunterstützung u. an Kollegen Ruhmer wenden, und zwar in den Stunden von 12-1 Uhr mittags und von 7-8 Uhr abends.

Hildesheim, Am Samstag, den 9. Dezember, abends fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Bezirksleiter Gengler vom christlichen Metallarbeiterverband Bericht erstattete über die im Oktober d. J. sowie vor zwei Jahren gemachten statistischen Erhebungen in der Schwarzwalder Uhrenindustrie. Das nähere Ergebnis dieser Erhebung soll hier nicht weiter erörtert werden, das soll nach Aussage des Referenten in einem besonderen Aufsatz geschehen. Der Bericht hörte, mußte sich fragen, wie ist es nur möglich, daß es auf dem Schwarzwalde noch eine so große Masse von interesselosen Kollegen gibt, die teils schon durch die Gewerkschaften gingen, zum Teil aber denselben noch stets ferngestanden, ja sogar sie feindlich bekämpften. Die Interesselosigkeit zeigte sich auch bei dieser Versammlung. Man hätte doch erwarten dürfen, daß eine Versammlung mit einem Thema, das doch speziell die Arbeiter des Schwarzwaldes interessiert, einen starken Besuch aufweisen müßte; aber leider war für sehr viele das Vergnügen, das an jenem Abend gebohen wurde, wichtiger als ihre vitalsten wirtschaftlichen Interessen. Der Referent hatte seine Aufgabe trefflich gelöst und es ist schade, daß nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen, organisierte wie unorganisierte, anwesend waren. Wohl manchem würden die Augen aufgegangen sein und er hätte gelernt, was seine Pflicht ist. Aus dem Ergebnis der statistischen Erhebungen sieht man, wie verbesserungsbedürftig die Lage der Schwarzwalder Industriearbeiter ist und man muß sich wirklich wundern, wie es unter solchen Verhältnissen noch möglich ist, daß auf dem Schwarzwalde noch ein solcher Individualismus herrscht. Es ist darum Pflicht eines jeden Kollegen, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Organisation Fortschritte macht, damit auch endlich die Zeit kommt, wo für die Uhrenindustriearbeiter einmal etwas geschehen kann. Nicht Schimpfen am Bierisch wird die Lage der Schwarzwalder verbessern, sondern unterdrückte, ununterbrochene Arbeit für die christlichen Gewerkschaften wird zum sicheren Ziele führen. Doch dazu gehört auch, daß jeder Kollege sich selbst zuerst aufräumen vermag, die Versammlungen sind reichlich besucht, das Verbandsorgan fleißig publiziert sowie die Bibliothek benutzt. Also an die Arbeit, Kollegen! nur dann wird es vorwärts gehen!

Wohlfahrt, Mehr Selbständigkeit müssen unsere Kollegen auf der Arbeitsstelle bei Bewegungen zeigen. Allerdings soll damit nicht gesagt sein, daß sie ohne Einwilligung der Organisationsleitung in Bewegungen eintreten, denn dies würde ohne Zweifel zu verderben sein. Wenn ich von Selbständigkeit rede, so meine ich die den Genossen gegenüber. Oft wird von diesen eine Bewegung gemacht, womit wir uns als christliche Gewerkschaftler nicht verstanden erklären können. Auch die Taktik der Genossen spricht manchmal allen gewerkschaftlichen Grundgedanken Hohn.

So besteht z. B. bei den Genossen des Humboldtwerkes in Köln die „Krankheit“, bei irgend einem Unfall den Betrieb zu verlassen, ohne vorher die Organisation zu verständigen. Unsere Kollegen machen oft in falsch verstandenem Solidaritätsgedank diesen Unfug mit. Oft erkennen sie dann erst später den wahren Grund der Bewegung und dann sieht man ein, daß man einen Fehler gemacht hat. Kürzlich verweigerten die in der Schmiebe beschäftigten Arbeiter plötzlich die Arbeit, um die Entfernung eines Meisters zu erzwingen. Auch hierbei ließen sich unsere Kollegen hüten und machen mit.

In einer Versammlung am 30. November sagte der Beamte unseres Verbandes, daß er sich mit dem Vorgehen der Arbeiter nicht einverstanden erklären könne, weil diese Art des Vorgehens keine gewerkschaftliche sei. Die christlichen Kollegen sahen sich deshalb an die Abstimmung nicht gebunden, bevor sie die Sache eingehend untersucht und unter sich beraten hätten. Hierbei stellte es sich heraus, daß unsere Kollegen zahlreicher waren als die Genossen annahmen. Dies mag auch wohl der Grund sein, daß man nun unsere Kollegen auf der Arbeitsstelle mit Schimpfwörtern wie „Schwarzer Bruder“ und dergleichen besetzt.

Das Verlangen, erst eine Aussprache mit unsern Kollegen herbeizuführen, war um so notwendiger, weil die Vorgesprechungen und Verhandlungen vom sozialdemokratischen Verband und seinem Vertreter allein geführt wurden. Die roten Abolitionisten müssen sich schon damit abfinden, daß sich Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes nicht einseitig von ihnen „informieren“ lassen. Wir holen unsere Informationen an erster Stelle bei unseren Mitgliedern. Weiter bestand aber auch der Verbot, daß der Meister hinausgeschickt werden sollte, weil er kein Anhänger des Zukunftsstaates ist. Es sollen sich nämlich auch Genossen um den betreffenden Meisterposten beworben haben. Weil diese nun nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, soll nun die rote Brut diesen wegen seiner Anschauung verpönten Meisters weggeschickt werden. Hierauf deutet auch ein Ausspruch des ersten Bewohlmäßigsten des sozialdemokratischen Verbandes, Haas, hin, welcher u. a. sagte:

„Kollegen, seien wir doch einmal ehrlich! Wenn der betreffende Meister ein treuer Kollege von uns gewesen wäre, dann hätte er sich nach Misserfolg geäußert.“

Der Meister hatte einen sozialdemokratischen Arbeiter, bez. von Haas selbst als „Gewohnheitsdieb“ bezeichnet wurde, aus seiner Bude geschoben. Hierbei kam der Arbeiter zu Fall und deshalb die Genossenschaft. Ohne den Meister in Schutz zu nehmen, möchten wir doch mal sehen, ob die Szécs auch den Betrieb verlassen und die Entfernung eines ihrer Genossen forderten, wenn dieser einen christlichen Arbeiter gar verprügelte. Ein richtiges W'b erhält man erst jetzt. Der Arbeiter Adam R., welcher den Zwischenfall mit dem Meister hatte, soll einem Arbeiter aus der Meißner erklärt haben, „der Meister könne nicht dafür, daß er (R.) gekürzt sei.“

Mögen unsere Kollegen aus dieser Angelegenheit die richtige Lehre ziehen. Nichts wird in Zukunft mehr unternommen, ohne erst gründlich besprochen zu werden. Dann aber vor allem auch zielbewußt an der weiteren Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes gearbeitet. Die roten Phrasen werden alsdann schon verstummen.

Vorstellungen.

Der Feiertage wegen dürfen mehrere Pakete nicht mehr auf einer Begleitadresse befördert werden. Es ist deshalb vorgekommen, daß an größeren Verwaltungsstellen, die mehrere Zeitungspakete erhalten, diese nicht gleichzeitig eintrafen. Da in Duisburg alle Pakete zu gleicher Zeit aufgefleckt werden, liegt das nur an dem starken Postverkehr vor dem Fest. Die Verwaltungsstellen mögen darum bei der Zeitungsausgabe von vornherein mit diesem Umstand rechnen.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Verkündet ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 22. Dezember.
- Dortmund-Waldrup. Abends 8.30 Uhr bei Stewerding.
- Saustag, den 23. Dezember.
- Duisburg-Neiderich. Abends 8.30 Uhr bei Hofertkamp.
- Glabbeek. Abends 7.30 Uhr bei Rotpot (christl. Gewerkschaftshaus).
- Glabbeek. Abends 8.30 Uhr bei F. Schillen, Müllstr.
- Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Taitstr. 97.
- Hirschheim-Stadt. Abends 8 Uhr im Prinz-Reg. alg. Kartellver., Ref. Kollege Waquer-München.
- Sonntag, den 24. Dezember
- Dortmunder-Herrnlohr. Vorm. 10.30 Uhr Vorstandssitzung bei Savelius, Saarbrückerstr. Nachm. 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Huber, Scheibstr.
- Emmerich. Vorm. 11 Uhr bei Wunngard. Ref. Kollege Franzosen.
- Höln-Chrenfels. Morgens 11 Uhr bei Zornbücker, Kappelerstr.
- Höln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Hünnesberg, Breuerstr.
- Millingen (Kreis Hees). Nachm. 4 Uhr in Frauen bei Bwe. Kamer. Ref. Kollege Franzosen.
- Freitag, den 29. Dezember.
- Dortmund-Hörde. Abends 8.15 Uhr bei Stolze.
- Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Pasingarten Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung; Abrechnung mit dem Hauptkassierer.
- Sonntag, den 31. Dezember.
- Andernach. Morgens 11 Uhr im Hotel Hann.
- Gelsenkirchen-Neustadt. Vormittags 11 Uhr Generalversammlung im Restaurant zum „Hügel“.
- Hönningen. Nachmittags 4 Uhr bei Schiffmann.
- Hönningen. Abends 8 Uhr zum Stern bei Schiepp.
- Oberhausen (Höln). Nachm. 4 Uhr Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes im Lokal Remmering, Frauen mitbringend.
- Stuttgart-Ludwigshafen. Nachm. 4 Uhr bei Weimann.
- Sonntag, den 7. Januar.
- Coblenz. Nachm. 4 Uhr bei Stein Kleinensstr.
- Remscheid. Morgens 11 Uhr im Gesellschaftshaus.

Nicht an Maschinenführer u. Kleinmechaniker
(nur selbständige Leute) wollen sich schriftlich melden beim Sekretariat München Fürstfelderstraße 4, 3. Etage.